

Sand im Getriebe 15

Sonderausgabe nach dem ATTAC Ratschlag in Göttingen

Streitkultur

Die Diskussion um das DGB/VENRO/ATTAC-Papier "Globalisierung gerecht gestalten"

Der erste ATTAC-Ratschlag dieses Jahres ist vorbei. Im Mittelpunkt stand ein heftiger Richtungsstreit, der sich an dem Papier "Globalisierung gerecht gestalten" fest machte. Die Presse titelte „Widerspenstige ATTAC-Basis“ (junge welt 20.1.03) oder „Gelbe Karte für ATTAC-Chefs“ (taz 20.1.) Wir dokumentieren hier die Debatte, damit sie von allen, die nicht in Göttingen waren, **nachvollzogen** werden und in den Gruppen ausdiskutiert werden kann. Denn es geht um sehr wichtige Fragen der Strategie und Taktik, ja um die Identität von ATTAC.

Kritisiert wurde, dass dieses Papier vom KoKreis im Alleingang, ohne jede demokratische Konsultation verabschiedet wurde, zumal es – in den Augen der Kritiker – dem Konsens der „Frankfurter Erklärung“ widerspricht.

Diskutiert wurde – auf hohem Niveau – der **Globalisierungsbegriff**: kann denn die Globalisierung überhaupt gerecht gestaltet werden? Reichen Schuldenerlass und Tobinsteuer? Müssen nicht die Strukturen der Weltwirtschaft geändert werden, um das Chaos der kapitalistischen Globalisierung zu überwinden und mit ihr die katastrophale soziale Polarisierung?

Diskutiert wurde die **Bündnispolitik**. Alle waren sich einig, dass die Gewerkschaften wichtige Bündnispartner sind. Aber wie sieht so ein Bündnis aus? Ist es ein Bündnis mit der Gewerkschaftsführung oder mit der Basis? Ist es ein taktisches oder ein strategisches Bündnis? Erfordert es Einigkeit in Grundsatzfragen oder in praktischen Projekten?

Diskutiert wurde der **Politikbegriff** von ATTAC: machen wir Politikberatung im Stil der NGOs oder sind wir eine soziale Bewegung? Verändern wir die Welt durch Appelle an Parteien, Parlamente und Regierungen oder durch die Mobilisierung der Globalisierungsoffer, durch Druck von unten? Oder beides?

Um diese Fragen wurde heftig gerungen. Sichtbar wurde das ganze bunte ATTAC-Mosaik. Dass diese Fragen jetzt auftreten, ist ein Zeichen der Stärke, des Wachstums, der Dynamik der neuen Bewegung. Mit den neuen Widersprüchen des globalisierten Kapitalismus verschärfen sich auch die Debatten um ihre Deutung. Und wo – wenn nicht in ATTAC – werden solche Diskussionen geführt! Dass wir diese Debatten jetzt zu führen haben, ist ein Geschenk des Himmels. Bisher wurde zu viel im vagen Globalisierungsnebel herumgestochert. Jetzt können einige Fragen geklärt werden. Das politisiert, klärt auf, bringt uns vorwärts. Aus Widersprüchen lernen! Eine neue Streitkultur entwickelt sich. Ein Zeichen der Reife der ATTAC-Bewegung!

Peter Strotmann(Berlin), Marie-Dominique Vernhes(Hamburg)

	Thema	Seite
Ratschlag 24.5.2002 (Frankfurt/M)	"Was will ATTAC" (Frankfurter Erklärung)	2
Ratschlag 17.-19.1.2003 (Göttinger)	Stellungnahmen zur gemeinsamen Erklärung mit DGB und VENRO	4
DGB/VENRO/ATTAC	"Globalisierung gerecht gestalten"	5
Maria Mies, Barbara Kleine	Unerträgliche Moderatheit	12
ATTAC-Koordinierungskreis (11.2.2003)	Stellungnahme zur Kontroverse um die gemeinsame Erklärung	17
Harald Klimenta, Regensburg	Sehr gut	20
Fabian Scheidler, Berlin	Nicht konsensfähig	20
Claus Ludwig, Köln	Nein zum DGB/ /VENRO/ATTAC -Papier	21
Rudolf Stratmann, Hamburg	Eine andere Welt ist doch nicht möglich	22
Sascha Stanicic, Berlin	Top down oder Bottom Up?	23
Hans-Jochen Vogel, Chemnitz	Politbüro	24
Henrik Krämer, Hamburg	Falsche strategische Ausrichtung	25
Eckhard Stratmann-Mertens, Bochum	Globalisierungs-kritische Bündnispolitik statt strategischer Allianz mit "den" Gewerkschaften	25
Rudolf Stratmann, Hamburg	Strategische Fehlbestimmung	27
Christine Buchholz, Berlin	Gedanken zur Debatte um das DGB/ATTAC/VENRO-Papier	29
Rüdiger Herrscher,	Bündnispapier	30
Saral Sarkar, Köln	Globalisierung akzeptieren oder Widerstand leisten?	30

Frankfurter Erklärung

Beschlossen am 26.5.2002 auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M

Die Welt ist keine Ware – eine andere Welt ist möglich Was will ATTAC

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs dereguliert und globalisiert.
- Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.
- Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeebnet. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale

Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt. Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im Weltsozialforum von Porto Alegre weiter entwickelt.

- Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.
- Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.
- Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.
- Die Schließung der Steueroasen, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-Fonds).
- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.
- Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.
- Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.
- Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.
- Ein System der solidarischen Alterssicherung.
- Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der Internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
- Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gentechnisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsaufgaben, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!

Antrag 4 zur gemeinsamen Erklärung DGB/VENRO/ATTAC

Konsens des Attac-Ratschlags am 18. Januar 2003 in Göttingen.

- Um festzustellen, ob die gemeinsame Erklärung von DGB, Venro und Attac die gesamte Bandbreite von Attac widerspiegelt, wird die Erklärung zur Abstimmung gestellt.
(per Meinungsbild wurde festgestellt, dass die Erklärung die gesamte Bandbreite von Attac nicht widerspiegelt)
- Für den Fall, dass die gemeinsame Erklärung nicht konsensfähig ist, wird auf Grundlage der Diskussion bis Sonntag früh eine kurze, kritische Stellungnahme erarbeitet.
- Diese Stellungnahme wird, falls sie einen Konsens findet, der Presse vorgestellt und an Gesamt-Attac und die Bündnispartner verschickt. In Zukunft wird die gemeinsame Erklärung nur zusammen mit der Stellungnahme in der Öffentlichkeit dargestellt.

Antragsteller: Dorothea Härlin, Eckehard Stratmann, Fabian Scheidler

(17.-19.01.2003 in Göttingen)

Stellungnahme des Attac-Ratschlags

zur Gemeinsamen Erklärung von DGB /Venro/Attac "Globalisierung gerecht gestalten"

1. Der Attac-Ratschlag bekräftigt in Übereinstimmung mit dem Koordinierungskreis die im Mai 2002 in Frankfurt verabschiedete Erklärung. Sie bildet die alleinige Grundlage für alle grundsätzlichen Stellungnahmen von Attac. Die vom Koordinierungskreis für Attac gemeinsam mit DGB und Venro verabschiedete Erklärung spiegelt diese Position in Teilen nicht wider. Der Ratschlag stellt mit großer Mehrheit fest, dass die Gemeinsame Erklärung aufgrund einiger inhaltlicher Festlegungen diesem Konsens von Frankfurt widerspricht.
2. Beispiele:
 - Zur ganzen Bandbreite von Attac gehören neben der Position "Globalisierung gerecht gestalten" auch die grundsätzliche Kritik und Ablehnung der Globalisierung samt ihrer zentralen Institutionen WTO, IWF und Weltbank.
 - Bezüglich der Gats-Verhandlungen fordert Attac, "Stopp Gats!" und hält eine sozialverträgliche Gestaltung der Dienstleistungsliberalisierung für illusionär.
3. Es ist Konsens bei Attac, die Zusammenarbeit und Bündnisse mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften zu suchen, wo dies dem Kampf gegen die neoliberale Globalisierung dient. Es ist ebenfalls Konsens, dass Attac kritisch die Stimme erhebt, wo Einzelgewerkschaften den Prozess der Globalisierung befördern, z.B. durch ihre Zustimmung zu Großfusionen von Konzernen.

Stellungnahme des Attac-Ratschlags (17.-19.01.2003 in Göttingen)

zur Gemeinsamen Erklärung von DGB/Attac/Venro

„Globalisierung gerecht gestalten“

(für Attac intern)

Der Ratschlag kritisiert die Art und Weise des Zustandekommens der Gemeinsamen Erklärung. Der Ratschlag betont das Prinzip, dass jede zu treffende Entscheidung, die den Anschein grundsätzlichen Charakters hat, und eine grundsätzliche Kontroverse bei Attac erwarten lässt, von einem Ratschlag zu entscheiden ist.

Globalisierung gerecht gestalten

*Mit der vorliegenden Erklärung haben sich der **DGB** (Deutscher Gewerkschaftsbund), **VENRO** (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) und **attac** das Ziel gesetzt, die neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zu einem größeren Engagement für eine sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit demokratischem Anlitz aufzufordern. Die Erklärung stellt das Ergebnis einer über die letzten zwei Jahre intensiv geführten Debatte über die politischen Herausforderungen der Globalisierung dar. Gleichzeitig verdeutlichen der DGB, VENRO und attac mit dieser Erklärung, dass sie und ihre jeweiligen Mitgliedsorganisationen trotz bestehender Unterschiede ihrer jeweiligen gesellschaftspolitischen Handlungsfelder als Akteure der Zivilgesellschaft diesen Prozess gemeinsam aktiv unterstützen und mitgestalten wollen. An dieser Erklärung haben auch Vertreter des **Forums Umwelt und Entwicklung**, des **Forums Menschenrechte** und von **Social Watch Deutschland-Forum Weltsocialgipfel** mitgearbeitet, die die grundlegenden Zielsetzungen dieser Erklärung mittragen.*

Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen, die eine menschenwürdige Entwicklung und das Allgemeinwohl über die Interessen von Unternehmen und nationalen Vorteilen stellen. Eine Rückkehr zu einer Fixierung der Politik auf die nationalstaatliche Ebene ist keine wünschenswerte Alternative. Die Globalisierung in Form einer starken Zunahme des Austausches von Waren, Investitionsströmen und Finanzkapital beeinflusst mittlerweile beinahe alle Politikfelder und hat vielfach zu Polarisierung und Differenzierung beigetragen.

So stellt die Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des Deutschen Bundestages in ihrem Abschlussbericht vom Juni 2002 fest: „Wir beobachten, dass sich weltweit der Abstand zwischen Arm und Reich laufend weiter vergrößert. Auf die Welt als Ganzes gesehen, hat sich der Abstand zwischen dem wohlhabendsten Fünftel und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten verdoppelt.“

Auch wenn Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt ihren Anteil am Welthandel in den letzten zwanzig Jahren erhöht haben, so konnten nur wenige ihren Anteil am Welteinkommen vergrößern, während die ärmsten Entwicklungsländer praktisch vom Weltmarkt ausgeschlossen sind.

In den Industrieländern beschleunigt die internationale Arbeitsteilung den Strukturwandel. Dabei geraten weniger gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tendenziell eher in Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt als gut qualifizierte Beschäftigte in hoch produktiven und innovativen Branchen.

Mit der forcierten Handelsliberalisierung und den Aktivitäten transnationaler Konzerne gehen erhebliche Gefährdungen der wirtschaftlichen und sozialen Rechte einher. Auch sind in vielen Ländern gravierende Einschränkungen bürgerlicher und politischer Rechte noch immer an der Tagesordnung. Bisher ist es weder gelungen die programmatischen Zielbestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 zu verwirklichen, noch den beiden UN-Pakten über bürgerliche und soziale Rechte zu ihrer effektiver Durchsetzung zu verhelfen.

Globalisierung in der heute vorherrschenden Form ist nicht von alleine in Gang gekommen. Die Ausweitung und damit die Verschärfung des globalen Wettbewerbs waren politisch gewollt. Entscheidende Triebkräfte waren nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedsstaaten der EU. Sie haben die Weichen für eine Liberalisierung der Märkte und zur Zurückdrängung öffentlicher Daseinsvorsorge gestellt. Der Einfluss der Parlamente ist praktisch nicht vorhanden, und der direkte Einfluss der Bürger auf die sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen ist gering. Dabei bietet der immense Fortschritt bei den Informations- und Kommunikationstechnologien im Prinzip neue Chancen für solidarische globale Kooperation.

Die Globalisierung benötigt ein soziales und demokratisches Gesicht. Es gilt nicht, der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten.

1. Armutsbekämpfung

Die aktuelle weltpolitische Lage macht mehr denn je deutlich, wie wichtig es ist, mit aller Kraft die extremer Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten auf der Erde zu beseitigen. Die Bekämpfung der weltweiten extremer Armut stellt ein Gebot der Solidarität und eine menschenrechtliche Pflicht dar. Die Vereinten Nationen haben auf ihrem Millenniums-Gipfel vom September 2000 beschlossen, den Anteil der extrem Armen in der Welt (z

Zt. rund 1,2 Mrd. Menschen) bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Um die in der UN-Millenniums-Erklärung formulierten Zielsetzungen zu erreichen, ist – wie die Weltbank errechnete – neben einer Änderung globaler Strukturen auch die Verdoppelung der weltweiten Entwicklungshilfe (gegenwärtig rund 50 Mrd. Euro) notwendig. Die Bundesregierung hat die Zielsetzungen der UNO mit ihrem im April 2001 verabschiedeter „Aktionsprogramm 2015“ unterstützt und konkretisiert. Nun kommt es darauf an, die im Aktionsprogramm skizzierten Zielsetzungen auch umzusetzen. Deutschland muss als eines der reichsten Länder der Erde künftig eine größere internationale Verantwortung übernehmen als bisher. Wichtig ist eine größere Kohärenz der Gesamtpolitik mit den Zielen zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung. Wir fordern insbesondere dass

- von der Bundesregierung ein verbindlicher, durch ein Gesetz zur Entwicklungspolitik abgesicherter Zeitplan vorgelegt wird, wie die deutsche Entwicklungsfinanzierung (ODA) bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode
- verdoppelt und ihr Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) von derzeit 0,27% auf 0,7% im Jahr 2010 gesteigert werden kann;
- die Bundesregierung sich multilateral für einen weitergehenden Schuldenerlass für die ärmsten hochverschuldeten Länder (HIPC) und neue Mechanismen zur dauerhaften Entschuldung (vor allem ein faires und transparentes Insolvenzverfahren) einsetzt. Ferner bedarf es einer Abkehr von IWF und Weltbank von der bisherigen Politik der Strukturanpassungsaufgaben;
- die Diskussion über innovative Finanzierungsquellen auf internationaler Ebene (wie die Besteuerung von Devisentransaktionen/Tobin Tax oder Nutzungsentgelte für globale Gemeinschaftsgüter) weiterhin aktiv vorangetrieben wird;
- die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sich regional vor allem auf die armen (LICs) und ärmsten Länder (LDCs) konzentriert;
- alle Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einschließlich ihrer Investitionsprojekte sektoral in besonderem Maße auf folgende Bereiche ausgerichtet werden:
 - direkte Armutsbekämpfung und soziale Dienste (wie z.B. Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung Ernährungssicherheit und soziale Sicherheit)
 - Menschenrechte, inklusive Kernarbeitsnormen
 - Umweltschutz
 - Bedürfnisse der Frauen und der Bewohner/Innen des ländlichen Raumes.
- die Bundesregierung sich für eine bessere Anwendung und Weiterentwicklung der UN-Menschenrechtsabkommen einsetzt, insbesondere in Bezug auf die Erarbeitung eines Verhaltenskodex für das Recht auf Nahrung;
- Kohärenzprobleme beseitigt und die entwicklungspolitische Verträglichkeit der deutschen und europäischer Agrar- und Außenwirtschaftspolitiken, vor allem durch die Streichung sämtlicher ökologisch und sozial schädlicher Exportsubventionen, gewährleistet wird.

2. Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz

In den letzten zwei Jahrhunderten führten Industrialisierung und stärkere Nutzung des Bodens zu einer drastischen Ausweitung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und damit zu globalen Umweltproblemen. Der globale Treibhauseffekt, die Zunahme der UV-Strahlung und einzelne Schadstoffbelastungen sind weltweite Phänomene. Besonders vom Klimawandel betroffen sind die tropischen und subtropischen Gebiete durch eine Anhäufung von extremen Wetterereignissen. Die aktuellen Hochwasserkatastrophen in Europa zeigen, dass nicht nur die Entwicklungsländer Leidtragende dieser Umweltkatastrophen sind, sondern immer mehr auch die reichen Länder, die nun selbst spüren, was es heißt, wenn einem die finanziellen und technischen Mittel fehlen um Ausgleichs- und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Besonders betroffen von den extremen Wetterereignissen ist die arme Bevölkerung, die über keinerlei Ausweichmöglichkeiten verfügt. Globale Umweltpolitik steht daher auch in einer wichtigen Beziehung zu Armutsbekämpfung und muss vor allem in den Industrieländern beginnen, die Hauptverursacher vieler globaler Umweltprobleme sind.

Wir fordern deshalb:

- Neue globale Finanzierungsinstrumente müssen eingeführt werden, um die Umwelt- und Entwicklungsziele

von Johannesburg zu verwirklichen. Eine wichtige Rolle können dabei weltweit einheitliche Entgelte für die Nutzung globaler öffentlicher Güter wie des Luftraums und der Meere spielen. Die Bundesregierung sollte die entsprechenden Vorschläge ihres Wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltveränderungen (WBGU) umgehend aufgreifen und in den zuständigen internationalen Gremien die erforderlichen Initiativen ergreifen. Einen ersten Schritt in diese Richtung sollte die EU-weite Aufhebung der Steuerbefreiung für Flugbenzin bilden. Subventionen mit umweltschädlichen Wirkungen müssen drastisch abgebaut bzw. umgestaltet werden. Es ist eine konsequente Agrarwende notwendig. Agrarsubventionen haben sich an sozialen, ökologischen und Tierschutz-Leistungen zu orientieren. Die vorgeschlagene Agrarreform der Europäischen Kommission muss unterstützt werden;

- Bevor weitere Schritte der bilateralen und multilateralen Handelsliberalisierung unternommen werden, sind die Auswirkungen auf Umwelt, Armut, soziale Lage und Entwicklung zu prüfen. Dabei sind Studien unabhängiger Experten und die gleichberechtigte Beteiligung gesellschaftlicher Interessengruppen notwendig;
- Vorrang multilateraler Umweltabkommen vor den Handels- und Investitionsregeln der WTO;
- Atomenergie nicht als nachhaltige Form der Energiegewinnung zu definieren, wie die Europäische Kommission dies im Frühsommer versuchte.

Es ist zugleich unerlässlich, den Anteil erneuerbarer Energien im Inland weiter auszubauen.

3. Reform der Internationalen Finanzarchitektur

In ihren gegenwärtigen Strukturen sind die deregulierten globalen Finanzmärkte für die Instabilitäten und Finanzkrisen des letzten Jahrzehnts verantwortlich. Moderne Kommunikationstechnologien, neue Finanzmarktprodukte wie Derivate und spekulative Fonds mit großer Hebelwirkung (Hedge Fonds) haben die kurzfristige Mobilität bisher unvorstellbarer Finanzmassen ermöglicht und Spekulationsangriffe auf nationale Währungen gefördert. Finanzmarktkrisen sind mit immensen gesellschaftlichen Kosten in den betroffenen Ländern verbunden und haben dazu beigetragen, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der Welt zu vergrößern.

In Anbetracht des globalen Charakters der aktuellen Wirtschaftsschwäche ist die internationale Kooperation in der Wirtschaftspolitik erschreckend gering. Vor allem auf dem Feld der Wechselkurspolitik schlägt sich die mangelnde Zusammenarbeit der G3 (USA, Euroland und Japan) negativ nieder. Es fehlt an „Leitplanken“ für die Wechselkurse, die glaubhaft gegenüber dem Devisenmarkt durchsetzbar wären. Dieser Mangel engt die Spielräume für eine wachstumsfördernde, souveräne Konjunkturpolitik ein und behindert die Überwindung der seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre anhaltenden rezessiven Tendenzen. Auch die Handels- und Kreditbeziehungen der Schwellenländer werden durch die hohe Schwankungsintensität der Wechselkurse in Mitleidenschaft gezogen. Unkontrollierte Kurseinbrüche wie in Brasilien, Argentinien oder der Türkei schaffen massive makro- und mikroökonomische Probleme, die weit über die Grenzen des unmittelbar davon betroffenen Landes hinausgehen.

Erhebliche Reformen sind deshalb geboten, damit die potenziell nützliche Funktion der Finanzmärkte für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zum Tragen kommen kann.

Finanzmärkte bedürfen eines soliden institutionellen Rahmens, der die Spekulation beschränkt und illegale Finanzbewegungen kontrolliert.

Wir fordern deshalb:

- Strengere Offenlegungspflichten der Banken, risikoangepasste Mindestreserven, und härtere Bankaufsichtsregeln, um ein größeres Risikobewusstsein zu fördern. Dabei dürfen jedoch Klein- und Mittelbetriebe von der Kreditversorgung nicht abgeschnitten und im Vergleich zu größeren Unternehmen durch eine schlechtere Bonitätseinstufung nicht diskriminiert werden;
- Gläubiger müssen einen größeren Teil der Entschuldungskosten tragen, wenn durch ihr Verhalten Staaten in Finanzmarktkrisen oder Zahlungsschwierigkeiten geraten (bail-in). Die Entwicklung eines internationaler Konkurs- und Insolvenzrechts, die Bildung von Gläubigerausschüssen, Umschuldungsklauseln und die Billigung von Moratorien können diesem Zweck dienen. Notwendig sind auch eine verschärfte Überwachung und Kontrolle von Derivaten und außerbörslich gehandelten Geschäften;
- Ein marktwirtschaftliches Instrument zur Begrenzung der Finanzschwankungen besteht in einer Erhöhung der Transaktionskosten der Kapitalströme. Dies hat durch eine Devisenumsatzbesteuerung, strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken, ein Kredit- bzw. Unternehmensregister bei der Bank für Internationaler

Zahlungsausgleich sowie eine Aufsicht der Finanz- und Steueroasen zu erfolgen;

- Die Förderung des Aufbaus funktionsfähiger und stabiler nationaler Finanzsysteme in Entwicklungsländern
- Zum Schutz der Finanzmärkte von Entwicklungs- und Schwellenländer können auch Kapitalverkehrskontrollen ein sinnvolles Instrument sein;
- Eine verbesserte Kooperation der drei großen Währungsgebiete des Dollar, Euro und Yen, um die rezessiver Tendenzen in der Weltwirtschaft zu überwinden und konjunkturpolitische Spielräume zurückzugewinnen;
- Eine effektive Kontrolle von Steueroasen und unregulierten Offshore-Finanzplätzen. Neben der Verbesserung diesbezüglicher internationaler Initiativen bedarf es der Einbeziehung der Oasenländer in einen Informationsaustausch zwischen nationalen Aufsichtsbehörden und der Aufhebung des exzessiver Bankgeheimnisses. Ergänzend müssen auch die Offshore-Geschäfte hiesiger Unternehmen verschärfter Überprüfungen seitens der deutschen Finanzaufsicht unterzogen werden;
- Die Verhängung von Sanktionen gegenüber denjenigen Ländern, die auf den schwarzen Listen nicht-kooperativer Finanzplätze der OECD geführt werden.

Im Rahmen des OECD-Projekts zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken haben sich über 30 Offshore-Finanzzentren auf die Prinzipien der Transparenz und des Informationsaustauschs verpflichtet. Eine entsprechende Gesetzgebung ist in diesen Finanzzentren nun zügig umzusetzen und anzuwenden.

4. Für eine soziale Gestaltung des Welthandels

Der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften, deutsche Nicht-Regierungs-Organisationen und Bewegungen der Umwelt- und Entwicklungspolitik setzen sich für eine gerechte Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel und eine soziale Wirtschaftspolitik auf internationaler Ebene ein. Dies beinhaltet:

- die Aufhebung von Handelshemmnissen gegenüber Entwicklungsländern (z.B. Exportsubventionen in der Landwirtschaft, Zolleskalationen, Einfuhrbeschränkungen, Antidumping);
- Verlängerung der Umsetzungsfristen der Uruguay-Runde;
- die Möglichkeit von Ausnahmen bei bestimmten Liberalisierungsverpflichtungen, um eine nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern zu fördern. Falls erforderlich, müssen bestehende Verträge geändert werden. Offensichtlich ist der Reformbedarf bei geistigem Eigentum (Schutz der Artenvielfalt und lebenserhaltende Medikamente) und im Agrarbereich zur Ernährungssicherung (Einführung einer Development Box);
- eine Integration grundlegender Arbeitnehmer- und Menschenrechte sowie ökologischer Mindeststandards in das multilaterale Handels- und Investitionsregime;
- zu diesem Zweck soll ein ständiges Forum zwischen Internationaler Arbeitsorganisation, Welthandelsorganisation und anderen internationalen Institutionen gegründet werden;
- Globalisierung gerecht gestalten (VENRO attac DGB)
- Ein weiterer Baustein im Rahmen einer strukturierten Zusammenarbeit der internationalen Organisationen ist der Beobachterstatus für die Internationale Arbeitsorganisation bei der WTO, beim IWF und der Weltbank;
- eine Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation und ihrer finanziellen Ausstattung zur Umsetzung der international anerkannten Kernarbeitsnormen;
- die Aufnahme der Kernarbeitsnormen auf die Agenda der bilateralen Handelspolitik der Europäischen Union;

die Aufnahme der ILO-Kernarbeitsnormen, der international anerkannten Umweltnormen der Weltbank und der internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte als Kriterien für die Vergabe von Investitions Garantien und für Exportkreditbürgschaften in Entwicklungsländern.

5. Keine unbeschränkte Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte

Ein noch neues Thema des Welthandels sind international gehandelte Dienstleistungen. Dieser Bereich gilt als der dynamischste Wachstumsbereich, der allein im Jahre 1999 einen Wert von 1,34 Billionen Dollar erreichte was einem Fünftel des Welthandels entspricht. Gerade weil die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes die zukünftige Markt- und Sozialordnung des globalen Arbeitsmarktes betrifft, ist eine Verankerung der universell anerkannten ILO-Kernarbeitsnormen in das WTO-Abkommen unerlässlich. Gerade Wanderarbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifverhandlungen abschließen zu können. Es kann auch nicht sein, dass die Regulierungen des Dienstleistungsmarktes – vor allem des

öffentlichen Sektors - Handelshemmnisse darstellen und internationale Verpflichtungen deshalb darauf abzielen dass EU-Recht unterlaufen oder das Recht der Nationalstaaten auf höherwertige Standards und Normen als Wettbewerbsverzerrung eingeschränkt wird.

Wir fordern deshalb:

- die Einhaltung klarer Marktordnungsprinzipien. Öffentliche Dienste und wichtige soziale Dienstleistungsbereiche, wie z. B. Bildung, Gesundheit, Umwelt, Wasser müssen vom allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) ausgenommen werden. Dazu bedarf es einer Präzisierung der unklaren GATS-Bestimmung über hoheitliche Aufgaben. Die WTO-Länder müssen weiterhin das Recht haben ihre öffentlichen Dienste selbst regeln zu können;
- die Marktöffnung für Finanzdienstleistungen soll nur bei Volkswirtschaften mit entwickelter Finanzinstitutionen erfolgen, die eine Liberalisierung des Finanzmarktes managen können. Dies schließt temporär begrenzte Kapitalverkehrskontrollen nicht aus;
- die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit erschwinglichen und qualitativ hochwertiger Dienstleistungen durch das Prinzip der Universaldienste (wie z. B. bei der Telekommunikation) ist zu garantieren;
- eine soziale und ökologische Gestaltung des Wettbewerbs im Transportsektor ist notwendig, um externe Kosten auszugleichen;
- eine nachhaltige Marktordnung für Tourismusdienstleistungen ist anzustreben, die dem Schutz der natürlichen und kulturellen Umwelt verpflichtet ist;
- soziale Ordnungsprinzipien beim elektronischen Handel, bei der Niederlassungsfreiheit, beim öffentlicher Beschaffungswesen und bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungsfreiheit müssen einen unfairen Handel durch Sozial- und Lohndumping unterbinden;
- keine Übernahme von GATS-Verpflichtungen beim Vorliegen ernster Marktstörungen (Arbeitslosigkeit Lohn- und Preisdumping). Sind schon Liberalisierungsverpflichtungen übernommen worden und kommt es zu derartigen gravierenden Marktstörungen, muss die zeitlich befristete Aussetzung der GATS-Verpflichtungen möglich sein;
- generell muss im GATS-Abkommen das Arbeitsorts- und Günstigkeitsprinzip bezüglich Entlohnung Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechten verankert werden;
- die deutsche Bundesregierung soll sich deshalb für eine europäische Politik der öffentlichen Daseinsvorsorge einsetzen.

6. Regeln für transnationale Unternehmen

Die politische Neugestaltung von Globalisierungsprozessen muss auch mit einer verbindlichen Regelung der Aktivitäten transnationaler Konzerne einhergehen. Transnationale Unternehmen müssen ihre soziale ökologische und menschenrechtliche Verantwortung und Verpflichtung anerkennen und in ihrem Handeln berücksichtigen. Freiwillige Standards oder Verhaltenskodices sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger erster Schritt, reichen aber nicht aus. Ziel muss die Schaffung rechtsverbindlicher internationaler Regeln mit effektiven Überwachungsmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten sein. Als Grundlage für solche Regelungen kann der Entwurf der UN „Subcommission on the Promotion and Protection of Human Rights“ oder die in Johannesburg von Gewerkschaften und NGOs vorgelegte internationale Rahmenkonvention zu Unternehmensverantwortung (corporate accountability) sein.

In der Zwischenzeit erwarten wir von der Bundesregierung, dass

- sie ihrer Verpflichtung zur Förderung der Umsetzung und Anwendung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen engagiert nachkommt, u.a. durch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch entsprechende Beratungsangebote;
- an der Arbeit der nationalen Kontaktstelle gemäß den Prinzipien von Transparenz und Rechenschaftspflicht alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt beteiligt werden;
- sie multinationale Unternehmen mit Stammsitz in Deutschland mit Nachdruck zur Einhaltung der OECD-Leitsätze und des IAO-Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen in allen ihren gesellschaftlicher Aktivitäten, einschließlich der Zusammenarbeit mit Zulieferbetrieben, auffordert; in diesem Zusammenhang soll sie Unternehmen zur Vereinbarung von Rahmenabkommen mit Gewerkschaften ermutigen;
- sie Exportkredit- und Investitions Garantien nur noch dann gewährt, wenn sich die antragstellender

Unternehmen zur Einhaltung der OECD-Guidelines verpflichten.

Entsprechend stellt sich auch die Frage eines geeigneten internationalen Regelwerks für ausländische Direktinvestitionen.

Wir lehnen ein solches Regelwerk nicht grundsätzlich ab. Ein multilateraler Investitionsrahmen, der einer grundlegenden Investitionsschutz bei Direktinvestitionen an die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialnormen knüpft und sie in die entwicklungspolitischen Prioritäten des Investitionslandes einbindet, könnte den Beitrag von Direktinvestitionen zu Entwicklung und Beschäftigung sowie zu höheren sozialen und ökologischen Standards stärken.

Auf der WTO-Ministerkonferenz von Doha sind die Themen Investitionen und Wettbewerb in das Arbeitsprogramm der WTO für die nächsten 2 Jahre aufgenommen worden.

Für diese Themen ist die WTO jedoch nicht der geeignete Rahmen; denn das Ziel der Regierungen, die sich für Investitionsverhandlungen in der WTO einsetzen, ist allein die Liberalisierung der nationalen Investitionsregime und die Eingrenzung ohnehin beschränkter nationaler Regelungskompetenzen. Auch die Anwendung allgemeiner WTO-Prinzipien wie der Inländerbehandlung auf Investitionen kann entwicklungspolitische Zielsetzungen entgegenstehen, wenn z.B. eine bevorzugte Behandlung inländischer Klein- und Mittelunternehmen zur Herausbildung einer tragfähigen industriellen Basis erforderlich ist. Die Verhandlungen in GATT und WTO haben in der Vergangenheit wenig Fortschritt bei der Priorität für internationale Umweltabkommen gebracht und Menschenrechte sowie Kernarbeitsnormen komplett ausgeblendet. Dies ist keine Grundlage, auf der innerhalb der WTO eine Investitionsordnung zu erwarten ist, deren Zielvorgabe nicht Liberalisierung, sondern Entwicklung und sozialer Fortschritt wäre.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung dazu auf:

- sich für eine internationale Investitionsordnung jenseits der WTO einzusetzen, die soziale, umweltpolitische und menschenrechtliche Mindeststandards zur Grundlage hat. Eine internationale Investitionsordnung darf die Spielräume für staatliche Handlungsfreiheit nicht unterminieren, sondern muss staatliche Auflagen des Investitionslandes entsprechend seinen eigenen Auffassungen und Entscheidungen über den Entwicklungsprozess ausdrücklich ermöglichen.

Auch die in der WTO beschlossenen Vorverhandlungen zum Thema Wettbewerb gehen in die falsche Richtung. Wir fordern deshalb:

- eine international eingriffsfähige Wettbewerbsbehörde, welche mit der Kontrolle von Großfusionen, marktbeherrschenden Stellungen und wettbewerbsbeschränkenden Geschäftspraktiken betraut wird. Eine solche Institution sollte aufgrund des möglichen Zielkonflikts von Handels- und Wettbewerbspolitik außerhalb der WTO angesiedelt sein. Denn aufgrund gemeinwohlorientierter Zielbestimmungen, wie etwa Universalienverpflichtungen, können Beschränkungen des Marktzutritts und die Gewährung bestimmter ausschließlicher Rechte, z.B. Gebietsmonopole kommunaler Wasserbetriebe, gerechtfertigt sein.

Bedingt durch die Standortkonkurrenz um Investitionen haben sich viele Regierungen auf einen Steuerwettbewerb eingelassen, der die Einnahmehemmnisse der Staaten gefährdet. Dadurch hat sich die Steuerbelastung kontinuierlich zu Gunsten der Unternehmen und zu Lasten der Lohnabhängigen und der Verbraucherinnen und Verbraucher entwickelt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, alles Mögliche zu tun, um den unlauteren internationalen Steuerwettbewerb bei den Unternehmenssteuern einzugrenzen und auch international eine Mindestbesteuerung der Unternehmen zu erreichen.

Dazu können die folgenden Maßnahmen geeignet sein:

- langfristige Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und Annäherung, eventuell auch Harmonisierung der Steuersätze in der EU;
- kurzfristig konsequente Anwendung des Sitzlandprinzips. Gewinne international tätiger Unternehmer sollen von den Finanzbehörden des Investitionslandes an die Finanzbehörden im Land des Unternehmenssitzes gemeldet werden. Lag die Besteuerung im Ausland unter der Inlandsbesteuerung, kann dann eine Nachbesteuerung erfolgen.

7. Demokratisierung des Globalisierungsprozesses

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind sich darin einig, dass zu einer politischen Gestaltung des Globalisierungsprozesses auch seine umfassende Demokratisierung gehört. Da neoliberale Globalisierung

sowohl auf nationaler, regionaler (europäischer) und internationaler Ebene vorangetrieben wird, gibt es auf allen diesen Ebenen Demokratisierungsbedarf. Die Weichenstellungen für die fortschreitende Handelsliberalisierung bspw. werden zugleich in der Bundeshauptstadt Berlin, bei der EU-Kommission in Brüssel wie auch am Sitz der WTO in Genf vorgenommen. An allen drei Orten jedoch haben zivilgesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaften Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen) einen ungleich schwierigeren Zugang zu Informationen als die Lobbyverbände der Wirtschaft. Oftmals werden selbst Parlamentarier nur verspätet, mangelhaft oder irreführend von den jeweils zuständigen Ministerien informiert. Jedoch beschränkt sich effektive Partizipation nicht nur auf

gleichberechtigten Zugang zu Informationen. Hinzu kommen müssen Anhörungsrechte und Verfahren für die frühzeitige Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in wichtige Entscheidungen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftspolitik.

Zur Demokratisierung des Globalisierungsprozesses gehört aber auch, dass die Repräsentation der Entwicklungsländer und ihrer jeweiligen Zivilgesellschaften in den internationalen Institutionen deutlich verbessert wird. Dazu müssen oft noch demokratische Strukturen und ausreichende Kapazitäten in diesen Ländern entwickelt werden. Schließlich sei daran erinnert, dass Demokratie auch Nähe braucht. Effektive politische Partizipation verlangt, dass Entscheidungen so lokal wie möglich, so international wie nötig getroffen werden. Welche konkreten Entscheidungen am sinnvollsten auf welchen Ebenen zu treffen sind, muss immer wieder neu überdacht werden.

Wir fordern daher von der Bundesregierung,

- dass sie Demokratisierungsprozesse und –bemühungen in Entwicklungsländern durch Beratung und Finanzierung beim Aufbau demokratischer Institutionen und Strukturen unterstützt;
- dass sie sich sowohl auf der nationalen, wie auch auf der europäischen und internationalen Ebene für zeitgerechte Information und Teilhabe aller gesellschaftlichen Interessengruppen einsetzt;
- dass sie sich für eine gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer in den Entscheidungsgremien der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, insbesondere der WTO, des IWF und der Weltbank stark macht. Politische Teilhabemöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure aus den Industrie- und Entwicklungsländern müssen verankert werden;
- dass sie sich für die Einführung eines Individualbeschwerdeverfahrens zum Sozialpakt der Vereinten Nationen einsetzt.
- Ergänzend bedarf es der Unterstützung von unabhängigen Beratungseinrichtungen bspw. im internationalen Wirtschaftsrecht sowie der Förderung der politischen Teilhabemöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure in den Entwicklungsländern selbst.
- Ferner sollte die Bundesregierung selbst eine Vorreiterrolle einnehmen und Gewerkschaften Nichtregierungsorganisationen und alle anderen interessierten Gruppen rechtzeitig über anstehende Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene informieren sowie dafür effektive Beteiligungsformen entwickeln.
- Wichtige Verhandlungsdokumente dürfen dabei nicht nur selektiv den Interessenverbänden der Wirtschaft zugeleitet werden, sondern müssen gleichberechtigt allen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sein.

Nur wenn es gelingt, eine breite gesellschaftliche Partizipation zu Fragen internationaler Wirtschaftspolitik herzustellen, wird es möglich sein, den sozialen und ökologischen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit entgegenzusetzen.

Berlin 05.Dezember 2002

Maria Mies. Barbara Kleine: Unerträgliche Moderatheit

Kritik zu: .GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN.
Gemeinsames Positionspapier von ATTAC; DGB und VENRO1

(4.1.03) Als uns obiges Positionspapier zufällig in die Hände fiel, haben wir uns wie andere Mitglieder und Sympatisanten von ATTAC sofort gefragt: Wer hat dieses Papier im Namen von ATTAC mitverfasst und legitimiert? Wie kommt es, dass es ohne Diskussion mit der Basis als DIE ATTAC-Position der Presse übergeben wurde?

Diese kritischen Nachfragen beziehen sich jedoch nicht nur auf das undemokratische Verfahren, womit eines der wichtigsten Elemente einer anderen, besseren Gesellschaft . der demokratische Entscheidungsprozess . mit Füßen getreten worden ist, sondern ebenfalls auf den Inhalt. Beides gehört zusammen: das Verfahren und der Inhalt. Denn dieses Papier suggeriert nicht nur, dass es in ATTAC nur EINE Position zur Problematik der Globalisierung gibt, sondern auch, dass diese Position mehr oder weniger identisch ist mit der Position des DGB und einiger Entwicklungs-NROs. Dies trifft nicht zu.

ATTAC ist nur ein Teil der internationalen Protestbewegung gegen die Globalisierung. In Deutschland, wie in Frankreich und anderen Ländern haben sich verschiedene Gruppen mit verschiedenen Zielen dieser Bewegung und auch ATTAC angeschlossen. Bisher beruht die Lebendigkeit der Bewegung und auch von ATTAC auf der Vielfalt und Heterogenität dieser verschiedenen Gruppen, Organisationen und Interessen. Der Versuch, diese Vielfalt einer Bewegung einer einheitlichen, politischen LINIE zu unterwerfen, hat zwar in Deutschland Tradition, hat aber zu dem geführt, was unsere Parteien, Gewerkschaften und Regierungen unfähig gemacht hat, rechtzeitig kreativ und unbürokratisch auf die Bedrohungen durch den konzerngesteuerten globalen Kapitalismus zu reagieren.

Das Positionspapier ist ein erneuter Versuch, das Wasser und das politische Potential dieser neuen sozialen Bewegung wieder einmal auf die alten Mühlen des DGB und der SPD zu lenken. Organisationen, die zwar die Macht hätten, politische Veränderungen herbeizuführen, aber bisher in Deutschland die Bevölkerung weder über die Gefahren der neoliberalen Globalisierung informiert, geschweige denn zum Protest aufgerufen haben (siehe MAI2). Diesem Versuch entspricht auch der Inhalt des Papiers.

Ein Kommentator sagte, es liest sich wie das Wahlprogramm der SPD. Uns kam es vor, als wäre es abgeschrieben aus dem Bericht der Enquête-Kommission des Bundestages: .Globalisierung der Weltwirtschaft . Herausforderungen und Antworten. (Bundestags-Drucksache 14/6910)

Es wimmelt nur so von Widersprüchen und frommen Wünschen, die aber alle die tatsächlichen ökonomischen, politischen und militärischen Machtverhältnisse des konzerngetriebenen, konkurrenz- und profitorientierten globalen Kapitalismus nicht in Frage stellen und somit auf die Stabilisierung und Sicherung des herrschenden Systems abzielen. Soweit zur undemokratischen Form und wahren Intention des Papiers. Kommen wir konkret zum Inhalt:

Beginnen wir mit dem Anfangsstatement, dass Globalisierung als solche nicht in Frage gestellt werden könne. Sie benötige lediglich ein .soziales und demokratisches Gesicht. Es gilt nicht der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten..3

D.h. nichts anderes, als dass die ökonomischen Tatsachen, die die Global Players und ihre Institutionen bisher geschaffen haben, als alternativlos akzeptiert werden. TINA (There is No Alternative . M. Thatcher 1979).

Weiter heißt es:

.Mit der vorliegenden Erklärung haben sich der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund),

VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) und ATTAC das Ziel gesetzt, die neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zu einem größeren Engagement für eine sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit demokratischem Antlitz aufzufordern.⁴ Etwas später wird fortgeführt: „Globalisierung in der heute vorherrschenden Form ist nicht von allein in Gang gekommen. Die Ausweitung und damit die Verschärfung des globalen Wettbewerbs waren politisch gewollt. Entscheidende Triebkräfte waren nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedsstaaten der EU. Sie haben die Weichen für eine Liberalisierung der Märkte, und zur Zurückdrängung öffentlicher Daseinsvorsorge gestellt.⁵ Jetzt soll(en) **die** Regierung(en) die Globalisierung gerecht gestalten, die zuvor der neoliberalen Globalisierung Tür und Tor geöffnet haben. Die politischen Bewegungen, die BürgerInnen, die Menschen sind hier nicht mehr die Akteure, die eine andere Welt gestalten. Weg von den lästigen Straßenaktionen und den langwierigen demokratischen Entscheidungsprozessen!

„Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen, die eine menschenwürdige Entwicklung und das Allgemeinwohl über die Interessen von Unternehmen und nationalen Vorteilen stellen. Eine Rückkehr zu einer Fixierung der Politik auf die nationalstaatliche Ebene ist keine wünschenswerte Alternative.⁶ heißt es weiter. Hiermit erfolgt konsequenterweise zum Anfangsstatement die Festlegung auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsweise sowie auf einen weltweiten Warenaustausch. Dieses spiegelt nicht den Diskussionsprozess innerhalb ATTAC über alternative Wirtschaftsweisen wider. Ein nicht unerheblicher Teil der ATTAC-Bewegung spricht sich gegen eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung aus, in der der marktwirtschaftliche Preis als gesellschaftliches Ordnungs- und Verteilungsinstrument fungiert.

Bereits Anfang 1974 wurde von den Entwicklungsländern eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien gefordert. „Die Beobachtung, daß eine auf marktwirtschaftlichen Prinzipien basierende Weltwirtschaftsordnung zu einer Vertiefung der Kluft zwischen arm und reich führt, hat die Entwicklungsländer in den letzten Jahren zu der Forderung veranlaßt, die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung zu reformieren. Das Konzept der Entwicklungsländer für eine Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen wurde erstmals auf der UN-Sonderkonferenz für Rohstofffragen vom 9.4.1974 bis zum 2.5.1974 diskutiert. Dieses Konzept beinhaltet im Kern eine Abkehr von einer durch die Marktprinzipien determinierten, internationalen Arbeitsteilung.⁷

Wir wissen, dass das marktwirtschaftliche Konkurrenzprinzip mit dem ihm inhärenten Zwang zu Konzentrationsprozessen zu einem unglaublichen Ressourcenverbrauch, zur Zerstörung von Millionen von Kleinbauern und Kleinbetrieben im Süden, zu Arbeitsplatzvernichtung, irreversiblen Umweltschäden und zu einer Polarisierung zwischen Arm und Reich etc. führt. Wir wissen, dass die internationale Arbeitsteilung zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern durch Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus seitens europäischer Mächte, der USA und Japans erzwungen worden ist; dass sie zu Monokulturen, Exportabhängigkeit und Armut bei den Entwicklungsländern geführt hat und noch immer führt.

So besagt die Theorie der strukturellen Abhängigkeit und Unterentwicklung, dass die internationale Arbeitsteilung nicht zu einer größeren Gleichheit führt, wie dies aus der Theorie des internationalen Handels abgeleitet wird⁸, sondern verstärkt die bestehende Ungleichheit.⁹

Auf globale Märkte zu setzen, bedeutet daher, die bestehenden internationalen Strukturen und Machtverhältnisse zu akzeptieren und festzuklopfen. **Alternativen hierzu gibt es jedoch zahlreiche. 10**

Nachdem sich die Verfasser dieser Erklärung auf das globale marktwirtschaftliche System festgelegt haben, machen sie im Detail folgende Vorschläge:

1. Armutsbekämpfung

Es wird die Erhöhung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe von 0,27 % auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts bis 2010 vorgeschlagen. Ein weiterer Schuldenerlass für die Ärmsten soll initiiert werden. Die Bundesregierung soll sich für eine bessere Anwendung und Weiterentwicklung des UN-Menschenrechtsabkommen einsetzen, insbesondere in Bezug auf die Erarbeitung eines Verhaltenskodex für das Recht auf Nahrung.¹¹ Diese Forderung bleibt weit hinter dem zurück, was die Entwicklungsländer bereits 1974 in der Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung von der UN-Sonderkonferenz gefordert haben und von der 6. Sondergeneralversammlung der UNO nach langem Prozedere angenommen worden ist. Dies zeigt zum einen die unerträgliche Moderatheit der ATTAC-Erklärung. Zum anderen, dass die UNO der falsche Adressat für derartige Forderungen ist, denn realisiert wurde von dieser UN-Resolution aufgrund des Widerstands der einzelnen Industrieländer nichts. Forderungen wie Streichung der Schulden der Entwicklungsländer, Finanzierungshilfen für den Wiederaufbau einer von den Industrieländern unabhängigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, Weg vom Export hin zur Selbstversorgung etc. sucht man in der ATTAC-Erklärung vergeblich. Außerdem ignorieren die Autoren, dass der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, 1999 den berühmten/berühmten Global Compact mit den Multinationalen Konzernen abgeschlossen hat, der zwar einerseits die Multis zur Einhaltung ethischer Normen verpflichtet, genau so wie die OECD-Richtlinien, dass aber gleichzeitig alle diese Normen keinerlei Verbindlichkeit haben. Im Gegenteil, im Bestreben, eine Partnerschaft mit den Konzernen zu erreichen, wurden bestehende Übereinkommen (Conventions) inzwischen teilweise schon flexibilisiert und den Wünschen der Multis angepasst. So geschehen vor zwei Jahren, als die ILO auf Wunsch der Konzerne die Konvention zum Kündigungsschutz von schwangeren Frauen aufweichte. Dieser Beschluss wurde sogar von der stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, Frau Engelen-Kefer, unterschrieben. Wie kann also die UNO oder gar die ILO die Kernarbeitsstandards garantieren, wenn sie selbst schon die neoliberale Doktrin akzeptiert haben und eine Partnerschaft mit den Multis anstreben? Solche Appelle sind doch nur Fensterreden.

2. Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz

Hier wird auf die Realisierung der Umwelt- und Entwicklungsziele des Gipfels in Johannesburg 2002 gesetzt.

Für die Nutzung globaler öffentlicher Güter wie Luftraum und Meer soll bezahlt werden. Weitere Handelsliberalisierungen sollen erst nach der Prüfung ihrer Auswirkungen auf die Umwelt, die Armut etc. erfolgen.

Atomenergie soll nicht als nachhaltige Form der Energiegewinnung definiert werden. Über die Ergebnisse des Umweltgipfels in Johannesburg wurde selbst in der bürgerlichen Presse fast flächendeckend negativ berichtet. Im Informationsbrief 09/02 für Weltwirtschaft und Entwicklung von WEED ist zu lesen: Der Umsetzungsplan von Johannesburg krankt im Kern an dem konzeptionellen Widerspruch, der auch schon früheren Aktionsprogrammen zum Verhängnis wurde. Er benennt einerseits ausdrücklich die Fehlentwicklungen der vorherrschenden Konsum- und Produktionsweisen und die negativen Folgen der Globalisierung, empfiehlt aber andererseits als Gegenmittel weitere Marktöffnung, Liberalisierung und die stärkere Einbeziehung der Privatwirtschaft, und damit Rezepte, die die Fehlentwicklung der Vergangenheit gerade befördert haben. Ein konsistenter Gegenentwurf zum neoliberalen Entwicklungsparadigma stand bei den offiziellen Verhandlungen nie zur Debatte. Vom Gipfel der Enttäuschung und der Ernüchterung war im allgemeinen die Rede.

Wer auf Entgelte für die Nutzung von öffentlichen Gütern wie Luft, Meer etc. setzt, ermöglicht finanzkräftigen Unternehmen wie den Transnationalen Konzernen (TNK) die Nutzung dieser Güter. Andere, die nicht bezahlen können, werden ausgeschlossen. Dies ist erstens eine

ungerechte Verteilung der Nutzung, zweitens werden dadurch die öffentlichen Güter nicht sparsamer oder ökologisch vernünftig genutzt.

Weitere Handelsliberalisierungen werden grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

Den Ausstieg aus der Atomenergie sucht man vergeblich.

3. Reform der Internationalen Finanzarchitektur

.Es fehlt an .Leitplanken. für die Wechselkurse, die glaubhaft gegenüber dem Devisenmarkt durchsetzbar wären. Dieser Mangel engt die Spielräume für eine wachstumsfördernde, souveräne Konjunkturpolitik ein und behindert die Überwindung der seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre anhaltenden rezessiven Tendenzen..¹²

Es wird explizit auf volkswirtschaftliches Wachstum gesetzt. Wachstumskritische Ansätze sucht man vergeblich.

Spekulationen sollen beschränkt werden. Warum sollen sie nicht unmöglich gemacht werden?

Finanz- und Steueroasen sollen beaufsichtigt werden. Warum sollen sie nicht abgeschafft werden?

Ein Kommentar zu derartigen .Reformvorschlägen erübrigt sich.

4. Für eine soziale Gestaltung des Welthandels

Die Aufhebung der Handelshemmnisse gegenüber Entwicklungsländern wird gefordert. Zur Exportorientierung der Entwicklungsländer haben wir schon einige Ausführungen gemacht. In unserem letzten Infobrief Nr. 10 haben wir einen Artikel von Vandana Shiva mit dem Titel: .Export um jeden Preis: Das Freihandelsrezept von Oxfam für die Dritte Welt. abgedruckt.

Vandana Shiva weist darin nach, dass die Exportorientierung der Entwicklungsländer diese in die Armut treibt, abgesehen von den sozialen und lokalen Kosten für die Ökosysteme.

Saral Sarkar beschäftigt sich in seinem Beitrag .Warum man die Globalisierung kritisieren soll. in diesem Infobrief ausführlich mit der Theorie der komparativen Kostenvorteile, die die theoretische Grundlage für den globalen Freihandel bildet. Er weist nach, dass die Theorie von falschen Annahmen ausgeht, und sich somit Theorie und Wirklichkeit widersprechen. Er kommt u.a. zu dem Schluss, dass der .Fernhandel. nicht das Hauptmittel ist, um die Armut zu beseitigen.

Ein großer Streitpunkt innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung ist die Frage, ob die WTO reformierbar ist oder ob sie abgeschafft werden muss. In der ATTAC-Erklärung wird nicht einmal mehr die Reform der WTO gefordert.

5. Keine unbeschränkte Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte

Die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt. D.h. dass den TNKs im Rahmen des globalen Wettbewerbs der Zugriff auf weitere Marktanteile (auch kommunale) gewährleistet wird. Es bleibt bei der Einschränkung, dass der öffentliche Dienst und soziale Dienstleistungsbereiche wie z.B. Bildung, Gesundheit, Umwelt, Wasser vom allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) ausgenommen werden sollen.

.Keine Übernahme von GATS-Verpflichtungen beim Vorliegen ernster Marktstörungen (Arbeitslosigkeit, Lohn- und Preisdumping)., so ist des weiteren in der ATTAC-Erklärung zu lesen. Da .Marktstörungen. überall auf der Welt vorliegen, müsste daraus notwendig und grundsätzlich gefolgert werden: Keine Übernahme von GATS-Verpflichtungen! Dabei hat Attac-Deutschland eine Kampagne mit dem Titel .Stoppt GATS. gestartet.

6. Regeln für transnationale Unternehmen

.Ziel muss die Schaffung rechtsverbindlicher internationaler Regeln mit effektiven Überwachungsmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten sein..¹³

Die Existenz der TNK wird in keinster Weise problematisiert. Es wird jedoch erkannt, dass deren Investitionen durchaus nationalen Umwelt- und Arbeitsnormen etc. widersprechen können. .Die Verhandlungen in GATT und WTO haben in der Vergangenheit wenig

Fortschritt bei der Priorität für internationale Umweltabkommen gebracht und

Menschenrechte sowie Kernarbeitsnormen komplett ausgeblendet. Dies ist keine Grundlage, auf der innerhalb der WTO eine Investitionsordnung zu erwarten ist, deren Zielvorgabe nicht Liberalisierung, sondern Entwicklung und sozialer Fortschritt wäre.¹⁴ Deshalb soll sich die Bundesregierung gemäß der ATTAC-Erklärung für eine neue internationale Investitionsordnung **jenseits** der WTO einsetzen. Dieselben Regierungen, die 1995 die WTO (damals 125 Gründungsländer, heute 135 Mitgliedsländer) gegründet haben, deren zentrale Aufgabe und Zielvorstellung die globale Durchsetzung des Freihandels im Interesse der TNKs ist, sollten nun eine internationale Investitionsordnung **jenseits** der WTO schaffen. Dies ist mehr als paradox.

Wiederum ist festzuhalten: es wird weder eine Reform, noch die Abschaffung der WTO gefordert, noch die Existenz der TNK angeprangert. Es ist das gleiche Paradox, das wir schon in bezug auf die UNO beobachten konnten.

7. Demokratisierung des Globalisierungsprozesses

Hier bleibt es im wesentlichen bei Forderungen wie **gleichberechtigter Zugang zu Informationen**, **Anhörungsrechte** und der **frühzeitigen Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in wichtige Entscheidungen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftspolitik**.¹⁵ Es wird offensichtlich davon ausgegangen, dass die Entscheidungsträger auf nationaler, EU- und internationaler Ebene nur die Argumente der zivilgesellschaftlichen Akteure zu hören brauchten, um nicht die falschen, sondern die richtigen, sozial-ökologisch sinnvollen Entscheidungen treffen zu können. Von Machtinteressen der politischen Entscheidungsträger bzw. deren Lobbyisten ist an keiner Stelle die Rede. Sicher ist, dass die Transnationalen Konzerne nichts zu fürchten hätten, wenn **zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs**, wie die, die die obige Erklärung verfasst haben, mit am Verhandlungstisch säßen.

Die ATTAC-Erklärung ist zutiefst undemokratisch zustande gekommen und ein Schlag ins Gesicht für die unzähligen Menschen, die im Namen von ATTAC unter dem Motto **„Eine andere Welt ist möglich. in den unterschiedlichsten Formen und mit den unterschiedlichsten Mitteln für eine andere Welt kämpfen. Die Kölner ATTAC-Gruppe will beim nächsten Plenum im Januar 2003 den Rücktritt des ATTAC-Koordinierungsausschusses fordern, der diese Erklärung zu verantworten hat. Wir fordern hiermit alle ATTAC-Basisgruppen zu gleichem Handeln auf. Des weiteren muss die Erklärung im Namen von ATTAC zurückgenommen werden! Wir werden versuchen, diesen Kommentar auf der ATTAC-Mailingliste veröffentlichen zu lassen.**

Barbara Kleine (nc-kleineba@netcologne.de)

Maria Mies (Mariamies@aol.com)

1 Das Positionspapier wurde veröffentlicht auf der Attac-Webseite: www.attac-netzwerk.de

2 Multilaterale Abkommen über Investitionen

3 Globalisierung gerecht gestalten, S. 1

4 ebenda, S. 1

5 ebenda, S. 1

6 ebenda, S. 1

7 Gahlen/Hardes/Rahmeyer/Schmid, Volkswirtschaftslehre, J.C.B. Mohr, Tübingen 1978

8 vgl. ebenda, S. 347 ff. sowie den Beitrag von Saral Sarkar in diesem Infobrief: Warum man die Globalisierung kritisieren soll, erhältlich per e-mail bei nc-kleineba@netcologne.de, Infobriefe erhältlich bei: Hermine Karas: Blumenstr. 9, 50670, e-mail: karas-koeln@t-online.de

9 vgl. ebenda, S. 347 ff.

10 Einige Alternativen haben wir bereits in unseren Infobriefen dargestellt, z.B. in Infobrief 7, Saral Sarkar: Öko-Sozialismus . Das Ergebnis meiner Suche nach einer Alternative, Infobrief 10 und 11, Maria Mies: Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen, Subsistenz-Lebenswelten aufbauen. Per e-mail erhältlich bei: nc-kleineba@netcologne.de, Infobriefe bei: Hermine Karas, Blumenstr. 9, 50670 Köln, e-mail: karas-koeln@t-online.de

11 Globalisierung gerecht gestalten, S. 2

12 Globalisierung gerecht gestalten, S. 3

13 Globalisierung gerecht gestalten, S. 4

14 ebenda, S. 5

15 vgl. ebenda, S. 5

An die Lokalgruppen, Mitgliedsorganisationen und Einzelmitglieder von ATTAC Deutschland

Stellungnahme des ATTAC-Koordinierungskreises¹ zur Gemeinsamen Erklärung von DGB, ATTAC und VENRO

11. Januar 2003

Liebe Freundinnen und Freunde,

die am 5. Dezember 2002 veröffentlichte Gemeinsame Erklärung von DGB, ATTAC und VENRO „Globalisierung gerecht gestalten“ hat Aufmerksamkeit in den Medien und Zustimmung bei zahlreichen Mitgliedsgruppen und -organisationen gefunden. In einigen Fällen wurde jedoch auch - z.T. heftige - Kritik geübt. So von den Lokalgruppen Köln und Berlin sowie von einigen Einzelmitgliedern. Diese Kritik bezieht sich sowohl:

- auf das Verfahren, wie die Erklärung zustande kam,
- auf die Kompetenzen des Koordinierungskreises bei der Außenvertretung,
- auf den Inhalt der Erklärung und
- auf die bündnispolitische Konzeption, die hinter dem Papier steht.

I. Verfahrensfragen

Bei der Veröffentlichung der Erklärung gab es eine Reihe von Pannen, die völlig zurecht kritisiert wurden:

- so erfuhren Lokalgruppen und Mitgliedsorganisationen erst aus den Medien von der Erklärung;
- die Stellungnahme des ATTAC-Vertreters auf der Pressekonferenz, die auch schriftlich vorlag, war ebenfalls zunächst nur den Medien zugänglich gemacht worden. Dies waren Fehler in der internen Kommunikation, und es ist klar, dass so etwas zukünftig nicht mehr passieren darf.

Hinzu kommt, dass ein Satz im Vorspann des Textes Anlass für zusätzliche Verwirrung über das Verfahren geben kann. Die Formulierung „Die Erklärung stellt das Ergebnis einer über ¹Die Stellungnahme des Koordinierungskreises wird von Oliver Pye (Lokalgruppe Köln) nicht mitgetragen. Oliver Pye, der seinerzeit der gemeinsamen Erklärung von DGB, ATTAC und VENRO ausdrücklich seine Zustimmung gegeben hatte, hat diese inzwischen zurückgezogen. die letzten zwei Jahre intensiv geführten Debatte über die politischen Herausforderungen der Globalisierung dar.“ kann leicht so verstanden werden, als ob die Erklärung selbst zwei Jahre lang diskutiert worden wäre. Tatsächlich gibt es einen Dialog zwischen dem DGB und NGOs, der seit zwei Jahren läuft, eben die „über die letzten zwei Jahre intensive geführte[n] Debatte ...“ An der Erklärung selbst aber wurde nur seit letztem Sommer gearbeitet.

Teilnehmer des offenen Prozesses sind einige Einzelgewerkschaften (u.a. IG Metall, VER.DI, IG BCE), entwicklungspolitische NGOs wie Misereor, WEED, Werkstatt Ökonomie, Clean Clothes Kampagne, VENRO, Umweltverbände (u.a. Greenpeace, NABU, BUND), Forum Menschenrechte, Forum Weltsozialgipfel u. a. Koordiniert wird das ganze vom Nord-Süd-Netzwerk des DGB. Dem Ko-Kreis wurde die Erklärung im Entwurfsstadium vorgelegt mit der Möglichkeit Änderungsvorschläge zu machen. Einige Mitglieder machten davon Gebrauch. Die Endfassung wurde dem Ko-Kreis dann noch einmal vorgelegt. Die Erklärung wurde darauf hin im elektronischen Umlaufverfahren einstimmig akzeptiert. Die Verantwortung einer Person zuzuordnen, wie dies in einer E-mail geschah, die über die Liste der Berliner Lokalgruppe verbreitet wurde, ist in jeder Hinsicht ungerechtfertigt. Der Ko-Kreis in seiner Gesamtheit trägt die Verantwortung.

Es war ein Versäumnis, diese Hintergründe nicht klar und eindeutig genug kommuniziert zu haben. Es ist eine ständige Herausforderung für demokratische Organisationen, dafür zu sorgen, dass wichtige Entscheidungen unter größtmöglicher Beteiligung getroffen werden.

Hier sind selbstverständlich noch viele Verbesserungen nötig, an denen ATTAC als Ganzes arbeiten muss.

II. Kompetenzen des Koordinierungskreises bei der Außenvertretung

Der Ko-Kreis ist nach wie vor der Auffassung, dass er über die Kompetenz verfügt, ATTAC politisch nach außen zu vertreten. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass ATTAC in der Öffentlichkeit präsent sein und wahrgenommen werden kann. Man kann dieses Prinzip in Frage stellen, aber bisher ist dies nicht geschehen. Auch nicht in diesem Fall. So wurde von der Kölner Gruppe dem Ko-Kreis lediglich mitgeteilt: *„Der Ko-Kreis ist kein Gremium, das die Haltung von ATTAC öffentlich einseitig darzustellen befugt ist.“* (Hervorhebung von uns). Also durchaus zu politischen Statements befugt, allerdings nicht einseitig.

Diesem Prinzip stimmt der Ko-Kreis nicht nur vorbehaltlos zu, sondern praktiziert es auch. Jüngstes Beispiel ist das Diskussionspapier zu Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus. Angesichts der Brisanz des Themas und der kontroversen Positionen, die es dazu gibt, ist es ausdrücklich als Diskussionspapier und nicht als ATTAC-Position gekennzeichnet. Damit soll eine politische Diskussion innerhalb von ATTAC angestoßen werden. Dies kann am Ende - muss aber nicht - zu einer ATTAC-Position führen.

Für einen Text, der mit Bündnispartnern gemeinsam formuliert wird, gelten allerdings andere Maßstäbe. Hier liegt es in der Natur der Sache, dass Kompromisse geschlossen werden müssen, es sei denn, man verstehe unter Bündnis, dass die Partner die ATTAC-Positionen zu übernehmen haben. Die gemeinsame Erklärung mit DGB und VENRO kann daher kein Papier sein, das die ATTAC-Positionen eins zu eins enthält. Dies ist auch im Vorspann des Papiers festgestellt worden, wo es heißt, dass die Unterzeichner *„trotz bestehender Unterschiede“* zusammenarbeiten wollen. Auch im Statement von ATTAC auf der Pressekonferenz wurde dies ausdrücklich formuliert: *„Auch wenn wir hier nicht das ultimative Programm für alle Problemfelder vorlegen, so sind dies doch Ansätze, die – wenn sie denn umgesetzt werden – weitere Schritte ermöglichen. Sicher hat ATTAC in einigen Punkten noch etwas weiter gehende Vorstellungen. Die werden wir auch weiterhin vertreten. Niemand von uns verliert mit dieser Erklärung seine Eigenständigkeit und seine Identität. Wir lassen uns nicht vereinnahmen, und es hat auch niemand versucht dies zu tun. Die Zusammenarbeit mit den Partnern der Erklärung war nicht ohne Kontroversen aber fair. Alle haben sich bewegt, und wir hatten nicht das Gefühl mit „strukturkonservativen Dinosauriern“ zu tun zu haben.“*

Auch im Ko-Kreis-internen Abstimmungsprozess wurde in unterschiedlicher Intensität von allen darauf hingewiesen, dass sie dem Papier nicht so sehr aus inhaltlichen, sondern vielmehr bündnispolitischen Motiven zustimmen.

Das heißt keineswegs, dass es in politischen Inhalten von Bündnistexten keine Bindung an die ATTAC-Programmatik zu geben brauchte. Auch für Bündnisse gilt, dass deren politischen Inhalte nicht den eigenen Ziele entgegen stehen dürfen. Es gibt Grenzen für Kompromisse.

Im Einzelfall ist sicher genau abzuwägen, wieweit die eingeschränkte Darstellung strittiger Positionen zugunsten eines Bündnisses gehen darf. Das entscheidende Kriterium ist die Frage, ob der Text dazu beiträgt, die bestehenden Kräfteverhältnisse - wie bescheiden auch immer - in emanzipatorische Richtung oder in die entgegengesetzte zu verschieben. Man kann darüber diskutieren, ob wir in diesem Fall zu weit gegangen sind. Es kann auch passieren, dass man sich über den Tisch ziehen lässt. Dann muss man das kritisieren und ggf. beim nächsten Mal besser aufpassen. Aber dies spricht nicht grundsätzlich gegen die Logik solcher Bündnistexte. Die Absicht der Erklärung bestand ausdrücklich nicht darin, auf diesem Weg unsere eigenen Positionen zu verändern. Denn, wie gesagt: *„Niemand von uns verliert mit dieser Erklärung seine Eigenständigkeit und seine Identität“*

Im Fall der Erklärung mit DGB und VENRO sind wir der Meinung, dass der Text in die richtige Richtung geht, d.h. Ansätze bietet, Teil einer Dynamik ist, die weiter geht. Daher stellt er die Haltung von ATTAC auch nicht *„einseitig“* dar, sondern bewegt sich durchaus im Rahmen des ATTAC-Konsenses.

III. Was ist ATTAC-Konsens?

Der inhaltliche Konsens von ATTAC ist in der Erklärung *„Die Welt ist keine Ware – eine andere Welt ist möglich!“* formuliert, die auf dem Ratschlag im Mai 2002 in Frankfurt verabschiedet wurde. Wer die Frankfurter Erklärung mit der DGB-ATTAC-VENRO Erklärung vergleicht,

wird feststellen, dass beide Texte nicht in ausdrücklichem Widerspruch zueinander stehen. Viele Einschätzungen und Forderungen sind identisch, von der Tobin Steuer bis zur Regulierung transnationaler Konzerne, wenn auch sprachlich oft in unterschiedlicher Tonlage. Es gibt auch Themen und Forderungen, die im jeweils anderen Text nicht zu finden sind. Aber das bedeutet keineswegs, dass sie sich automatisch wechselseitig ausschließen. Oder sollten beispielsweise Forderungen, wie Investitions- und Wettbewerbsfragen nicht in der WTO zu verhandeln, soziale und ökologische Standards im Welthandel einzuführen, Armutsbekämpfung oder Demokratisierung von ATTAC abgelehnt werden? Das mag vielen nicht genug sein, aber deshalb ist es noch nicht falsch. Politik ist ein Prozess, und Prozesse beginnen nicht mit ihrem Ende. Es ist gerade die politische Absicht der Erklärung, einen praktischen, realen, politischen Prozess mit den Gewerkschaften zu starten und nicht eine verbale Übung zu machen, bei der es darum geht, die jeweils eigene politische Identität lupenrein darzustellen.

Aber es ist natürlich legitim, wenn KritikerInnen das Papier angesichts der politischen Bedeutung des DGB als Kurswechsel interpretieren, wenn darin nicht auf unterschiedliche Positionen innerhalb von ATTAC hingewiesen wird. Darüber muss dann selbstverständlich diskutiert werden.

Wenn einige Stellungnahmen moniert haben, dass die keynesianische Wachstumsorientierung nicht in Frage gestellt wurde, oder das Deglobalisierungskonzept nicht auftaucht, ist das richtig. Aber auch die Frankfurter Erklärung spricht weder von Deglobalisierung, noch wird das Wachstumsparadigma thematisiert. Man kann dann die Frankfurter Erklärung für zu schlapp, für veraltet, für unpräzise etc. halten. Dann muss man versuchen, bei nächster Gelegenheit das programmatische Profil von ATTAC zu verschieben. Aber man kann es niemandem zum Vorwurf machen, wenn er auf dieser Grundlage Bündnispartner akzeptiert, von denen er mit gutem Grund annimmt, sie seien mit der Frankfurter Erklärung kompatibel. Die Frankfurter Erklärung ist natürlich ihrerseits ein Kompromisspapier, das durch bestimmte Formulierungsverfahren Dissense oder undiskutierte Fragen überdeckt und Themen ausspart. Wie immer in solchen Fällen, ist das Ergebnis dann im Nachhinein unterschiedlich interpretierbar. In dieser Situation befinden wir uns jetzt. Die Frage ist, wie mit diesem Problem in Erklärungen mit Dritten umgegangen wird. Dürfte ausschließlich das vertreten werden, worüber sich alle in ATTAC explizit einig sind, wären wir handlungsunfähig. Der einzig produktive Umgang mit solchen Fragen besteht darin, Dissense inhaltlich auszuformulieren und zunächst einmal zu akzeptieren, dass sie bestehen. Dann muss offen über sie diskutiert werden. So ist z.B. eine Diskussion über die Haltung zu IWF, Weltbank und WTO überfällig. Dazu sollten aus verschiedenen Perspektiven Positionspapiere formuliert und geeignete Diskussionsforen durchgeführt werden. Am Ende eines solchen Prozesses wird entweder eine Einigung stehen, die dann zur verbindlichen Position wird, oder nicht. In letzterem Fall muss man dann sehen, wie man damit umgeht.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, dass der DGB in der Erklärung Dinge akzeptiert hat, mit denen er sich in unsere Richtung bewegt. So z.B. die Ablehnung von Verhandlungen zu Wettbewerb und Investitionen im Rahmen der WTO. Das ist der Einstieg in die Strategie der Kompetenzschrumpfung der WTO. Damit setzt der DGB sich vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ab, der hier noch andere Positionen vertritt. Bewegt hat sich der DGB auch dabei, Ross und Reiter bei den politischen Verantwortlichen für die Globalisierung zu nennen: „Globalisierung in der heute vorherrschenden Form ist nicht von alleine in Gang gekommen. Die Ausweitung und damit die Verschärfung des globalen Wettbewerbs waren politisch gewollt. Entscheidende Triebkräfte waren nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedsstaaten der EU.“ Ein Fortschritt ist auch die Ablehnung des GATS für „Öffentliche Dienste und wichtige soziale Dienstleistungsbereiche, wie z. B. Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wasser“ sowie die Forderung nach „Abkehr von IWF und Weltbank von der bisherigen Politik der Strukturanpassungsaufgaben.“ Aufgrund all dessen hat es aus dem Gewerkschaftsmilieu zahlreiche positive Reaktionen auf das Papier gegeben.

IV. Strategische Bedeutung der Allianz mit den Gewerkschaften

ATTAC hat von Anbeginn großen Wert auf die Kooperation mit Gewerkschaften gelegt. Die DGB-Jugend hat einen Sitz im Ko-Kreis. Auch ver.di und die GEW sind ATTAC-Mitglieder.

Die IG-Metall hat ihre lokalen Gliederungen zur Kooperation mit ATTAC aufgerufen. Bereits im September 2001 gab es eine gemeinsame Pressekonferenz mit VER.DI, IG-Metall u.a. zur Tobin Steuer. Die Gesundheitskampagne hat mehrfach mit VER.DI kooperiert. Am 14.9. wurden Aktionstag und Demo in Köln gemeinsam mit den Jugendverbänden aller Einzelgewerkschaften (außer IG BCE und Gewerkschaft der Polizei) veranstaltet. Erst am 20. Dezember wurde eine gemeinsame Pressekonferenz mit VER.DI und IG-Metall gegen die Abgeltungssteuer durchgeführt. Wir haben bei diesen Kooperationen oft Schwierigkeiten gehabt.

Innerhalb der Gewerkschaften gibt es starke Beharrungskräfte, die keineswegs auch nur annähernd gleichberechtigt etwas mit Bewegung zu tun haben wollen. In dieses Problemfeld hinein zu intervenieren, muss ein Anliegen emanzipatorischer Politik sein.

Hintergrund all dessen ist die Einschätzung, dass die Gewerkschaften trotz aller berechtigter Kritik an ihrer Politik, noch immer ein große emanzipatorische Kraft sind. Ohne die Gewerkschaften wird es auf absehbare Zeit nicht möglich sein, in diesem Lande nennenswerte Veränderungen herbeizuführen.

Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren Bewegung in die Gewerkschaften gekommen ist. Es gibt eine innergewerkschaftliche Reformdiskussion und auch praktische Ansätze zur Erneuerung. Das ist sicher noch nicht so weitgehend, wie wir es uns wünschen. Es gibt internen und externen Widerstand, aber es wäre politische Blindheit, die Chancen, die diese Veränderungen bieten, zu ignorieren.

Schließlich muss man der Tatsache gerecht werden, dass sich die krisenhafte Entwicklung in diesem Lande gegenwärtig dramatisch beschleunigt. Tempo und Radikalität des Sozialabbaus nehmen ebenso zu wie die Arbeitslosigkeit. Auf die Krise der Finanzmärkte und das Platzen der Spekulationsblase reagiert die Bundesregierung ebenso wie CDU/CSU und FDP mit mehr Neoliberalismus. Der Klassenkampf von oben verschärft sich.

Aus all diesen Gründen ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Teil der strategischen Grundorientierung von ATTAC. Das ist innerhalb der Gewerkschaften nicht unumstritten. Auch die gemeinsame Erklärung hätten manche Funktionäre lieber nicht gesehen. Sie vergrößert aber die Spielräume der progressiven Strömungen in den Gewerkschaften auf allen Ebenen. Der DGB hat 6 Millionen Mitglieder. Wenn davon nur ein Prozent, das wären 60.000, die Ansätze zu nutzen, die die Erklärung bietet, sind das sechs mal soviel Menschen wie ATTAC Einzelmitglieder hat. Die Funktionärszeitschrift des DGB hat die Erklärung ebenso wie das ATTAC Statement dazu abgedruckt. Das trägt zur Veränderung in den Gewerkschaften bei, das fördert Bündnisse vor Ort und nützt ATTAC auf vielfältige Weise. Diese Praxis der Veränderung ist es, was zählt, und weniger die eine oder andere Kompromissformulierung in der Erklärung. Solange wir auf diese Weise etwas bewegen können, sollten wir die Kooperation mit den Gewerkschaften suchen.

V. Wir brauchen die politische Diskussion

Die Diskussion um die gemeinsame Erklärung hat wichtige politische und strategische Fragen für ATTAC auf die Tagesordnung gesetzt. Das ist gut so. Wir sollten die Gelegenheit nutzen für eine gründliche und offene Diskussion über die politische Strategie von ATTAC. Auf der Homepage, beim Ratschlag und bei allen anderen passenden Gelegenheiten.

Dr. Harald Klimenta, Regensburg

Sehr gut!

Ich finde das Attac-Venro-DGB-Papier sehr gut. Es unterstreicht die Arbeitsweise eines Netzwerkes: Wir versuchen, mit möglichst vielen Akteuren zusammenzuarbeiten, die erste Schritte mit uns gemeinsam gehen bzw. deren erste Schritte wir ebenfalls tragen können. Die häufig geäußerte Kritik, dass die Forderungen zu windelweich sind, teile ich nicht, da es sich explizit nicht um ein Attac-Papier handelt, sondern um ein Papier, in dem verschiedene Akteure die Schnittmenge ihrer Positionen ausloten. Dieses ist rundherum als positiv zu bewerten, wenn unser Politikverständnis in die Richtung zielt, Brücken zu bilden.

Dr. Harald Klimenta +++ Holzgartenstr. 66
93059 Regensburg +++ Tel.: 0941-449331
E-Mail: harald.klimenta@web.de
WWW: <http://www.attac-netzwerk.de/sozsich/harry>

Fabian Scheidler, Berlin

Nicht konsensfähig

Sehr geehrter Peter Wahl,
als aktives Mitglied von attac Berlin möchte ich Ihnen gerne einige kritische Anmerkungen zu der kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Erklärung von DGB und Attac, an der Sie mitgewirkt haben, übermitteln.
Einige der dort genannten zentralen Punkte scheinen mir

durchaus nicht konsensfähig in Attac zu sein und fallen, wie ich meine, weit hinter den Stand der gegenwärtigen Diskussionen in der globalisierungskritischen Bewegung zurück.

- Während von Porto Alegre bis in die Attac Regionalgruppen hinein längst über Konzepte wie "**Deglobalisierung**" nachgedacht wird, heißt es in der Erklärung: "Die Globalisierung benötigt ein soziales und demokratisches Gesicht. Es gilt nicht, der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten." Natürlich ist auch das Konzept der Deglobalisierung umstritten; aber immerhin lautet das Motto von Attac:

"Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich", und das steht in diametralem Gegensatz zu dem There-Is-No-Alternative-Denken der Erklärung.

- Während sich Ökologen und andere mit etwas gesundem Menschenverstand begabte Menschen (darunter auch Attac-Mitglieder) seit 30 Jahren den Kopf darüber zerbrechen, wie dem wirtschaftlichen **Wachstumswang** entkommen werden kann, wünschen sich die Unterzeichner der Erklärung eine "wachstumsfördernde Konjunkturpolitik".

So schön es ist, wenn Attac und DGB gemeinsame Erklärungen abgeben, so fragwürdig ist es doch, wenn hier Positionen unterzeichnet werden, die nicht der Meinung von wesentlichen Teilen der Bewegung entsprechen. Ich weiß nicht, wer von Attac neben Ihnen für die Erklärung verantwortlich ist, ob der KoKreis befragt wurde, aber ich denke, hier hätte die "Basis" miteinbezogen werden müssen. Sonst ergeht es Attac bald wie den Grünen, wo eine bestimmte Schicht von Funktionären vollendete Tatsachen schafft, denen das **Fußvolk** dann mit Protesten, Vollversammlungen etc. hinterherlaufen kann.

Eine gemeinsame Erklärung von Attac und DGB kann auch nicht als Kompromißlösung gestaltet werden wie etwa ein Koalitionsvertrag. Die Stärke einer außerparlamentarischen Bewegung ist es ja gerade, daß sie sich ihre Positionen nicht im parteipolitischen und wahlstrategischen Klüngel **verwässern** lassen muß. Und ich denke, daß es als Prinzip gelten sollte, daß überall dort, wo es keine konsensfähigen Positionen in Attac gibt, in öffentlichen Statements entweder auf die Pluralität der Vorstellungen hingewiesen werden muß (was auch durchaus keine Schande ist) oder der entsprechende Punkt einfach nicht erwähnt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Fabian Scheidler

Tel. ++49 - (0)30 - 79 78 63 50

Claus Ludwig, Köln

Nein zum DGB/ATTAC/VENRO-Papier

Undemokratische Methode

(6.1.2003) Mit diesem Papier hat der bundesweite Ko-Kreis ATTAC und der globalisierungskritischen Bewegung keinen Gefallen getan. Kern des Dokument es sind hilflose Wunschzettel an die Bundesregierung sowie leere Allgemeinplätze wie "Globale Märkte müssen ... das Allgemeinwohl über die Interessen von Unternehmen ... stellen" oder "Die Bekämpfung der weltweiten extremen Armut stellt ein Gebot der Solidarität und menschenrechtliche Pflicht dar.". Tatsachen sind: - globale Märkte dienen den Profiten der Konzerne und Banken, egal was sie "müssen" oder nicht - ob die Bekämpfung der Armut (warum nur der "extremen"!?) eine "menschenrechtliche Pflicht" ist, ist für die wirtschaftlich Herrschenden offensichtlich nicht relevant

ATTAC bekennt sich in der Erklärung eindeutig zur Marktwirtschaft und deren Institutionen und macht zarte Reformvorschläge im Stil einer NGO, die sich als "Beraterin" der Regierenden und ökonomisch Mächtigen versteht. Bezeichnend im "DGB/Attac/VENRO-Papier" ist der Satz "Die Globalisierung benötigt ein soziales und demokratisches Gesicht." Bekanntlich ist ein Gesicht etwas anderes als der Charakter. Tatsächlich ist der Gehalt des flachen Pamphlets, die hässliche Fratze der kapitalistischen Globalisierung etwas hübscher zu schminken.

Die beschriebenen Positionen entsprechen in keiner Weise dem Konsens bei ATTAC. Dem bundesweiten Ko-Kreis war dies bekannt, spätestens seit der kontroversen Diskussion über Reformierung oder Abschaffung von IWF, WTO usw. auf dem Ratschlag im Mai 2002. Mit der Veröffentlichung des Papiers wird die Meinung von Teilen von ATTAC als veröffentlichte Meinung der gesamten Bewegung festgeschrieben. Das ist schlicht undemokratisch. Mit "Kommunikationsproblemen" oder gar Hektik wegen dem Umzug nach Frankfurt hat das nichts zu tun. Die Unterzeichnung der Erklärung war eine bewusste politische Entscheidung, ATTAC näher an die nicht so goldene politische "Mitte" zu rücken.

Forderungen, die aus der auf dem Ratschlag im Mai 2002 verabschiedeten ATTAC-Erklärung bewusst rausgenommen wurden, weil kein Konsens möglich war, finden über die Hintertür des Papiers Eingang in die ATTAC-Veröffentlichungen, so z.B. dass es "einer Abkehr von IWF und Weltbank von der bisherigen Politik der Strukturanpassungsaufgaben (bedarf)."

Unterstützung betrieblicher Kämpfen statt Eiapoppeia mit der DGB-Spitze

Eine abschwächende Formulierung wie auf der Website ("Die oft weitergehenden Forderungen die in der Attac-Erklärung zu finden sind, sind daher keineswegs überholt, sondern bleiben natürlich weiter bestehen.") ist albern. Entweder Analysen und Programmatik werden von ATTAC unterstützt oder nicht. Ein "Mittragen" von Positionen, die man für unzureichend hält, um näher an den DGB zu rücken und gleichzeitig radikalere Rhetorik auf Demonstrationen oder in anderen Bündnis-Zusammenhängen ist schlicht eine Verarschung aller Menschen, die sich in der globalisierungskrischen- UND der Gewerkschaftsbewegung engagieren und ist ein Mittel aus dem Arsenal der Polit-Bürokraten Marke rot-grün.

Ein Zusammengehen der globalisierungs- kritischen Bewegung und der Gewerkschaften ist allerdings notwendig. Die großen Mobilisierungen in Italien und Spanien beruhen nicht zuletzt auf dieser Entwicklung. Doch ob das Kuscheln mit dem DGB-Bundesvorstand, der Nachhut jeglicher gewerkschaftlichen Aktivität, dafür der beste Ausgangspunkt ist?! Auch bei ATTAC ist es Allgemeingut, dass die Schröder-Fischer-Regierung so pralle nicht ist. Wer die neoliberale Entwicklung bei SPD und Grünen verfolgt hat, der oder dem wird nicht entgangen sein, dass die Gewerkschaftsspitze nicht so ganz unberührt davon geblieben ist. Auch die Führung des DGB und der Einzelgewerkschaften hat neoliberale Positionen übernommen. So stricken ver.di-Funktionäre eifrig an der Einführung von Spartentarifverträgen und wollen mithelfen, dass Lohnniveau z.B. im Bereich Nahverkehr abzusinken.

Statt gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand darüber zu spekulieren, wie man rot-grün besser beraten könne, sollte ATTAC sich den Beschäftigten zu wenden, die kommenden Streiks im öffentlichen Dienst unterstützen (Besuche bei Streikposten, Mobilisierung für Demonstrationen) und die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Widerstand gegen jegliche Art von Privatisierung unterstützen und innerhalb der

Gewerkschaften Positionen für konsequente Interessenvertretung stärken. Eine enge Zusammenarbeit mit kämpferischen GewerkschafterInnen wie der "Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken" wäre genau der Ansatzpunkt zur Vernetzung von gewerkschaftlicher und globalisierungskritischer Bewegung. Auch in Italien kam diese Vernetzung nicht zustande, indem sich die Sozialforen, ATTAC und die "Disobidienti" mit den Chefs von CGIL, UIL und CISL zusammengesetzt und auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners aufgeschrieben haben, wie man den Kapitalismus zurechtschminken könnte. Entscheidend war dort, dass **an der Basis kämpferische Initiativen** entstanden sind (wie die COBAS), die ihren Vorständen schlicht Feuer unter dem Hintern gemacht haben.

Ohne GATS gehts nicht?

Anstatt die WTO und GATS zumindest in Frage zu stellen, werden diese im DGB/Attac/VENRO-Papier akzeptiert. Die "radikalsten" Forderung in diesem Zusammenhang sind "Ausnahmen bei bestimmten Liberalisierungsverpflichtungen" machen zu können, "um eine nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern zu fördern." Teilbereiche wie Gesundheit und Bildung sollen aus dem GATS herausgenommen werden, erwähnt wird allerdings nicht, dass die Aufteilung der weltweiten Gesundheits- und Bildungsmärkte Hauptziele von GATS sind. Mit der Aufzählung der aus dem GATS herauszunehmenden Bereiche wird außerdem akzeptiert, dass nicht erwähnte Bereiche (Verkehr, Wohnen, Energieversorgung usw.) den GATS-Regelungen unterworfen werden.

Für den Transportsektor wird der Wettbewerb ausdrücklich akzeptiert, lediglich mit dem frommen Wunsch einer "sozialen und ökologischen Gestaltung" versehen. In der Praxis heisst das: ATTAC findet es nicht verkehrt, wenn die städtischen Verkehrsbetriebe privatisiert werden und sich in die Konkurrenz mit den Privaten begeben und dass dabei Einkommen sinken und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden, solange dies per "Vergabegesetz" und "Spartentarifverträgen" gezuckert ist. So und nicht anders sieht die Vorstellung der DGB-Spitze von "sozialer Gestaltung des Wettbewerbs" im Transportsektor aus.

Der analytische Teil des Dokuments fällt hinter alle Diskussionen der letzten Jahre zurück.

Für die Krise der Weltwirtschaft werden **allein** Fehlentwicklungen der **Finanzmärkte** und mangelnde Kooperation verantwortlich gemacht. Die gewaltigen realwirtschaftlichen Widersprüche (z.B. Absatzkrisen in nahezu sämtlichen Investitions- und Konsumgüterbereichen, massive Überkapazitäten) werden schlicht nicht erwähnt. Dieser Logik folgend wird die Massenarbeitslosigkeit als "Marktstörung" bezeichnet, als ob ein "ungestörter" Markt ohne Arbeitslosigkeit möglich sei. Wem es noch nicht aufgefallen sein sollte: bürgerliche Ökonomen reden z.Zt. nicht mehr von einer Krise der Börsen oder Finanzmärkte, sondern von einer weltweiten Rezession des Produktionssektors. Ihnen ist klar, dass die Marktwirtschaft/der Kapitalismus insgesamt in einer Krise steckt. Auf der Grundlage sollte die globalisierungskritische Bewegung mit ihrer Diskussion beginnen, wo die **Ursachen** liegen, wie eine andere Welt aussehen und wie diese erkämpft werden kann.

Unterschrift muss zurückgezogen werden

Man kann es drehen und wenden, wie man will: im DGB/Attac/VENRO-Papier ist mehr Nonsens als (ATTAC-)Konsens. **Mit solchen Positionen kann sich nur ein Teil des ATTAC-Spektrums identifizieren.** Mit der ach so raffinierten

Taktik, aus Gründen der Bündnisräson etwas zu unterschreiben was man nicht richtig findet, hoffentlich auch nur.

Die Konsequenz sollte klar sein: die Unterschrift unter dieses Papier muss zurückgezogen werden, dies muss öffentlich erklärt und begründet werden. Da mag das nächste Arbeitessen mit dem DGB-Vorstand nicht zustande kommen oder von mieser Stimmung geprägt sein, dies hätte sich der bundesweite Ko-Kreis jedoch überlegen können, bevor er Joschka Fischer spielt. Somit hätten wir eine saubere Lösung, wären wieder zurück auf "START" und könnten noch mal loslegen. Und nicht vergessen: Grundlage ist immer noch die ATTAC-Erklärung vom letzten Ratschlag ...

Bis bald in Göttingen

Claus Ludwig, Mitglied im Kölner ATTAC-Ko-Kreis

0221-8708906

e-mail: clkalk@imail.de

Rudolf Stratmann, Hamburg

Eine andere Welt ist doch nicht möglich

(7.12.02) Die selbsternannten Lobbyorganisationen der "Zivilgesellschaft" haben sich zu Wort gemeldet unter der Vorstellung "Die Globalisierung benötigt ein soziales und demokratisches Gesicht." Leider ist Attac in der Gestalt von Peter Wahl auch dabei. In der PE von Attac-D rechtfertigt er seine Unterschrift unter dieses schlechte Papier "Die Globalisierung gerecht gestalten" damit, dass "der neoliberalen Globalisierung eine Alternative entgegensetzen" sei. Da hat er zwar recht, aber was ist das für eine "Alternative", die in dem Papier entwickelt wird? Eine **aus der sicheren Warte der reichen Festungen des Nordens heraus zusammengestellte Reformliste**, die sowohl mit der üblichen Ignoranz über die eigene Rolle bei dem Welt-Desaster hinweggeht wie auch in den einzelnen Reform-Vorschlägen auf jeden Fall vermeidet, grundsätzlichere Forderungen zu erheben. Immer hübsch im Rahmen der Weltordnung, die Globalisierung genannt wird und die im Grundsatz ohne Alternative ist: "Es gilt nicht, der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten". Also, ihr aus der Realität der Globalisierung Flüchtenden: Eine andere Welt ist nur möglich im Rahmen der "Globalisierung"! Merkt euch das! Mit dem eigenen vorausschauenden Nicht-Sehen-Wollen der selbstverursachten Elend-Produktion wird die Position derjenigen, die die neueste Phase der weltweiten kapitalistischen Expansion erneut zum Anlass nehmen wollen, grundsätzlich über post-kapitalistische Alternativen nachzudenken, denunziert als romantischer Flucht-Reflex und so das Kunststück fertig gebracht, sich selbst als Realist zu präsentieren. Aber wir haben schon so viele gescheiterte Kunststücke von "Real-Politik" hinter uns, dass dieser "Zivilgesellschaft"-Versuch nur ein müdes Zucken verursacht. Was soll das, Peter Wahl?

Von Putzhammer(DGB) her überrascht mich das alles nicht, von Peter Wahl, der zeitgleich in einem Interview der "Sozialistischen Zeitung" zu Protokoll gibt, dass "grundsätzlichere Alternativen zum Kapitalismus wieder diskursfähig" werden, möchte ich gern wissen, wieso er die von ihm unterschriebenen Positionen für Attac-Positionen hält. Während eigentlich zu dem minimalistischen Grundkonsens von Attac gehört, von "neoliberaler Globalisierung" zu reden, ja in Frankreich weitergefasst "mondialisation liberale", und ebenfalls dazugehört, dass man diese in all ihren Facetten ablehnt, taucht in dem Papier von DGB, NGOs und Attac nur am Ende der Begriff "neoliberale Globalisierung" auf, dort, wo es um das "demokratische Antlitz" geht, das man der ansonsten nicht in

Frage gestellten "Globalisierung" verpassen möchte. Scheint da nicht **das alte sozialdemokratische Muster** durch, dass man nur an der politischen Oberfläche der ansonsten akzeptierten kapitalistischen Ökonomie-Grundlage einige nettere Dinge einrichten möchte? Vielleicht sollten wir auf dem Attac-Ratschlag im Januar **unser eigenes Godesberg** definieren? DGB, VENRO und attac haben sich "das Ziel gesetzt, die neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zu einem grösseren Engagement für eine sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit demokratischem Antlitz aufzufordern". Der Komparativ schleicht auch schon etwas länger durch die Debatte. Es wird schon irgendwie die beste aller Welten sein, aber sie muss noch ein bisschen gerechter werden. Schließlich kommen wir doch mit dieser Welt ganz gut zurecht, als Lobby der Arbeitsplatzbesitzenden, als Zivilgesellschafts-Staats-Abbauer oder als medienkonform auftretende Globalisierungs-"Kritiker". **Die Verdammten dieser Erde werden als die armen Armen wahrgenommen, denen man "helfen" müsse.** Keinesfalls geht es den Autoren dieses Papiers darum, sich der eigenen Verantwortung für die Perpetuierung von Politik- und Wirtschaftsstrukturen bewusst zu werden, die täglich weltweit zehntausende von Opfern fordern, dieser Kollateral-Schaden darf nicht auftauchen. **Ein Kapitel "Globalisierung und Krieg" fehlt.** Auch fordern die Autoren nicht, sich der Verantwortung für die tagtäglich weltweit angerichteten ökonomischen Schäden zu stellen (der Export-Weltmeister sorgt dafür, dass an vielen Stellen der Welt eigene Produktion nicht entstehen kann), sondern es wird staatstragend vom hohen Ross herab, auf dem man gerne Platz nehmen möchte, doziert: "Deutschland muss als eines der reichsten Länder der Erde künftig eine grössere internationale Verantwortung übernehmen als bisher." Genau, wir sind ja schon in so vielen Ländern im Einsatz, dass wir jeden Fuchs selbst benötigen.

Ist es vorstellbar, dass sich Peter Wahl als Attac-D-Sprecher in einem Brief an Sharon wendet und die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber den Palästinensern einklagt, wie es der Attac-F-Präsident unlängst getan hat? Ist es in diesem zivilgesellschaftlich verkorksten Deutschland denkbar, dass sich der Attac-D-Ratschlag am 17.1.2003 hinter die Dakar- und Durban-Deklarationen stellt unter der Überschrift "Solidarität mit Afrika", wie ebenfalls unlängst vom Attac-F-Kongress in La Rochelle geschehen? Vorstellbar schon, nur dann muss endlich Schluss gemacht werden mit der auch innerhalb Attac insbesondere beim politischen "Führungspersonal", von dem aber immer weniger Führung ausgeht, grassierenden Vorstellung, dass wir doch aber ja nicht zu unangenehm auffallen wollen, sei es nun mit dem Reflex "Wir sind doch gar nicht gegen Globalisierung!" oder mit dem politik-akademischen Hinweis darauf, dass wir "anschlussfähig" bleiben müssen oder eben eine "breitere Unterstützung aus der Gesellschaft" brauche. Breit ja, aber wofür? Bestimmt nicht für naive Forderungen nach Reformierung eben derjenigen Institutionen, über die die Welt-Vernichtung betrieben wird; bestimmt nicht durch Faszination der "globalen Märkte", die man nicht mehr hinterfragt, bei der lediglich ein etwas breiterer round table in Brüssel oder sonstwo rauskommt, um der Zivilgesellschaft auch mehr "Informationen" zukommen zu lassen.

Während Attac eigentlich in der Entwicklung von wirklich grundsätzlichen Alternativen für eine "andere Welt" gerade in der gegenwärtigen Situation des massiven Trommelfeuers gegen die "Wahlbetrüger" von Rot-Grün gefordert ist, verkennen wir mit einer reformistischen Pflichtübung der Globalisierungskritik die politische Gefahr, dass gerade weil diese grundsätzlichen Alternativen kaum entwickelt und erst recht nicht bekannt sind der gewaltförmige Abbau des Sozialstaates und die weltweite kriegerische (militärische und ökonomische) Expansion noch

drastischer werden, allen Beteuerungen von UNO-Konferenzen zum Trotz.

Die Attac-Führung hat die Aufgabe, die Diskussion zur Klärung grundsätzlicher Positionen so zu organisieren, dass in "Konfrontation der Ideen" zumindest ein **Anschluss an die internationale Debatte** hergestellt wird und nicht weiter an einer Attac- D-Sonderrolle festgehalten wird, die den politischen Rückstand, den wir nun mal haben, festschreibt. Wie wollen wir sonst irgendwann mal in die Lage kommen, aus dieser peinlichen Unter-Repräsentanz auf internationaler Ebene herauszukommen und als Gastgeber eines ESF zu fungieren? Ich fordere Peter Wahl auf, die Unterschrift unter das Papier zurückzuziehen. Gruss aus HH, Rudolf Stratmann

Sascha Stanicic, Berlin:

Top-down oder Bottom-up?

Widerspruch zum Attac-Konsens

(7.1.03) Das gemeinsame Papier von Attac, DGB und VENRO entspricht nicht dem Attac-Konsens, der sich in der beim letzten Ratschlag verabschiedeten Attac-Erklärung ausdrückt. Bei dieser Erklärung wurde der Versuch unternommen, keine der verschiedenen innerhalb Attacs wirkenden politischen Richtungen auszuschließen. Zu strittigen Fragen wurden offene Formulierungen gewählt, um eine Fortführung der Diskussion zu ermöglichen.

Ein klar pro-marktwirtschaftliches Papier

Das gemeinsame Papier mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen ist demgegenüber ein klar pro-marktwirtschaftliches Papier. Schon der erste Satz macht deutlich, daß die Marktwirtschaft nicht in Frage gestellt wird, sondern diese nur reguliert werden soll: "Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen, die eine menschenwürdige Entwicklung und das Allgemeinwohl über die Interessen von Unternehmen und nationalen Vorteilen stellen." **Die kapitalistischen Institutionen IWF, Weltbank und WTO werden nicht in Frage gestellt.** Den Finanzmärkten wird eine "potenziell nützliche Funktion" zugeschrieben. Daß diese Aussagen eine Illusion sind und (Finanz)Märkte nicht menschenwürdig wirken können, wird nicht einmal zur Debatte gestellt. Dazu kommt, daß sich das gesamte Papier **an die Bundesregierung richtet.** Es erweckt den Eindruck, daß es die Aufgabe von Attac, Gewerkschaften und NGOs ist, freundlichen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, dieser Ratschläge zu erteilen - daß aber letztlich die Regierung handeln muß. In dem gesamten Papier wird nicht von der Notwendigkeit gesprochen eine starke **Bewegung** gegen die kapitalistische Globalisierung aufzubauen, wird die Selbsttätigkeit der Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen nicht einmal erwähnt. Das Papier hat dementsprechend eine **völlig parlamentarische Orientierung**, was ein eklatanter Widerspruch zu der klar außerparlamentarischen Praxis von Attac ist.

Bündnisarbeit

Um Bündnisarbeit voran zu treiben, brauchen wir keine langen Papiere, sondern **gemeinsame Kampagnen und Aktionen.** Der Koordinierungskreis sollte sich bei den Gewerkschaften eher dafür einsetzen, daß diese gegen den Krieg oder zum G8-Gipfel nach Frankreich mobilisieren. Und umgekehrt sollte Attac aktive Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Tarifrunde und anderen Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnkürzungen leisten. Dieses gemeinsame Papier wird in der Öffentlichkeit sehr viel mehr wahrgenommen, als andere Veröffentlichungen. Der

Koordinierungskreis hat durch seine Zustimmung zu solche pro-marktwirtschaftlichen Positionen die Chance vertan, mit einer linkeren und kritischeren Position an die Öffentlichkeit zu treten und Einfluß auf die Gewerkschaften zu nehmen. In diesem Zusammenhang muß die Praxis der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführungen hinterfragt werden. Die Gewerkschaften bestehen nicht aus Bsirske, Zwickel und Schmoldt, sondern aus ihren acht Millionen Mitgliedern und den vielen Untergliederungen. Um eine kritische Zusammenarbeit mit GewerkschafterInnen zu erreichen, sollten eher Strukturen wie die "Initiative zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Linken" oder das "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische Verdi" AnsprechpartnerInnen und die vielen Basisstrukturen sein.

Demokratiedefizit bei Attac

Hinzu kommt, daß dieses Papier auf eine undemokratische Art und Weise zustande gekommen ist. Weder der Attac-Ratschlag, noch der Attac-Rat noch die Regionalgruppen wurden informiert oder in einen Diskussionsprozess einbezogen. Ein solches Vorgehen steht im Widerspruch zu der angestrebten Demokratie, Transparenz und zum Pluralismus bei Attac. Während ständig vom Konsensprinzip die Rede ist, nimmt sich der Ko-Kreis heraus Papiere zu verabschieden, die bei einem Ratschlag niemals einen Konsens finden würden. Darin drücken sich grundsätzliche Demokratiedefizite innerhalb von Attac aus. Attac steht vor der Alternative: von oben herab professionell durchgestylte Kampagne-NGO à la Greenpeace oder eine von der aktiven Mitarbeit der Basismitglieder getragene, handlungs- und kampagnefähige soziale Bewegung? Top-down oder Bottom-up?

Die attac-Strukturen sind von einem Mangel an Transparenz und demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten geprägt. Das attac-Büro und der bundesweite Koordinierungskreis konzentrieren zuviel Entscheidungsgewalt in ihren Händen. Viele Entscheidungsprozesse sind nicht nachvollziehbar und werden nicht ausreichend in den attac-Regionalgruppen, Arbeitsgruppen, im attac-Rat diskutiert. Dazu gehören nicht zuletzt Finanz- und Personalentscheidungen, wie die Einstellung der hauptamtlichen Kräfte, die jetzt nicht einmal mehr abgewählt werden können. Das Konsensprinzip dient faktisch dazu den status quo bei attac zu erhalten. Eine Weiterentwicklung der attac-Programmatik und ein schnelles Reagieren auf aktuelle Entwicklungen wird so unmöglich gemacht bzw. bleibt den kaum zu kontrollierenden Leitungsfiguren des attac-Büros und bundesweiten Koordinierungskreises vorbehalten. Konsens sollte angestrebt werden, doch wo er nicht erreicht werden kann, sollten Zwei-Drittel-Mehrheiten Entscheidungen treffen können. Die Arbeitsgruppen werden durch mangelnde Autonomie in ihrer Arbeit und Wirkung eingeschränkt.

Über all diese Fragen brauchen wir eine breite, konstruktive und solidarische Debatte. Diese sollte beim Ratschlag in Göttingen beginnen.

Die Unterschrift unter dem gemeinsamen Papier mit DGB und VENRO muß zurückgezogen werden. Alle Argumente, dies würde einen Gesichtsverlust bedeuten sind falsch. Das Gegenteil ist der Fall: die Attac-Basis würde ihr Gesicht verlieren, wenn sie sich durch solche Argumente erpressen lassen würde. Ein solcher Schritt, der mit einer inhaltlichen Begründung verbunden werden müßte, würde unter GewerkschaftsaktivistInnen und in der Öffentlichkeit wahrgenommen und eine inhaltliche Debatte über Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung befruchten.

Sascha Stanicic

Attac AG gegen den Krieg Berlin SAV

Hans-Jochen Vogel, Chemnitz

Politbüro

10.12.2002 Der Tagespresse entnahm ich, dass sich die o. g. Organisationen bzw. Verbände mit einer gemeinsamen Erklärung zur gerechten Gestaltung der Globalisierung an die Bundesregierung und die Öffentlichkeit gewandt haben. Als Mitglied von Attac Deutschland erlaube ich mir, dazu folgendes zu bemerken:

Ich bin überrascht, dass eine solch grundsätzliche politische Erklärung im Namen von Attac abgegeben werden kann. Kaum ist die breite heterogene Bewegung gegründet, schon scheint sich in ihr ein Politbüro etabliert zu haben, das im Namen aller sprechen kann. So könnten aus Scheu vor Bürokratismus und organisatorischer Verknöcherung bisher ungeklärt gebliebene Strukturfragen sehr schnell zu unkontrollierter Macht Weniger führen.

"Realistischerweise" im Rahmen des Bestehenden

Mich verwundert außerdem, dass plötzlich der DGB als Vorkämpfer der Bewegung in Erscheinung tritt, wo doch die fast vollständige Abwesenheit deutscher Gewerkschaften bei allen großen internationalen Foren und Protestaktionen bekannt ist. Es entsteht der Verdacht, dass da etwas nicht stimmen kann. Die mir vorliegende inhaltliche Zusammenfassung der Erklärung enthält allerlei Wünsche und Forderungen, wie sie von bestimmten Parteien gelegentlich geäußert werden, immer mit Blick darauf, was für politisch machbar gehalten werden, aber dann natürlich doch nicht umgesetzt werden kann, weil Politik immer von Kompromissen lebt, wie wir doch alle wissen. Ein schwammiges Verständnis - nicht etwa ein präziser Begriff - von Globalisierung wird unterlegt. Der Weltmarkt wird als naturgegeben vorausgesetzt. Die Integration der "Entwicklungsländer" in ihn ("Aufhebung von Handelshemmnissen") soll vorangetrieben werden. Überhaupt: die Bezeichnung "Entwicklungsländer" wird nicht problematisiert. Was heißt Länder? Wer spricht für diese Länder? In wessen wirklichem Interesse? Wohin sollen sie sich entwickeln?

Zumutung

Es ist schon eine Zumutung angesichts dessen, was gegenwärtig in der Welt läuft, eine solche Sammlung frommer Wünsche und freundlicher Reformvorschläge serviert zu erhalten, wie sie in der einen oder anderen Form von internationalen Konferenzen und Gremien seit Jahrzehnten abgesondert werden. Wer soll sie denn umsetzen? Die USA zeigen gegenwärtig doch in aller wünschenswerten Deutlichkeit, was von derlei fein gesponnenen Verbesserungsvorschlägen und ihren Verfassern zu halten ist. Es ist schon komisch, dass man bei sich verschärfender Krise (unter Ausklammerung der Suche nach ihren Ursachen) und in einer Zeit, in der wir täglich die Erfahrung machen, wie die gute alte soziale Marktwirtschaft aus der fordistischen und keynesianischen Blütezeit dahin schmilzt wie die Gletscher in der Klimaerwärmung, glaubt, endlich weltweit eine sozial-ökologische Marktwirtschaft einrichten zu können. Die Reichen und Mächtigen (und die nicht ganz so Reichen und Mächtigen, die jedoch von ihrer privilegierten Situation im globalen Kapitalismus immer noch viel zu sehr profitieren, um das System grundsätzlich in Frage zu stellen), die sich in Torschlusspanik vom kleiner werdenden Kuchen schnell noch größere Teile erraffen und diese mit Zähnen und Klauen festhalten wollen, werden es sicher gar nicht merken, wie ihnen die raffinierte "Zivilgesellschaft" durch eine pffiffige Reform nach der anderen die Basis für ihre Privilegien entzieht. Eines

Tages werden sie als Durchschnittsweltbürger in der "anderen Welt" aufwachen, die heute noch "möglich" ist, dann aber wirklich sein wird. Dann werden alle glücklich sein. Oder ... Für ATTAC als Forum für Globalisierungsoffer und -gegner, für ein ATTAC der Kapitalismuskritik, für ATTAC als Laboratorium für gesellschaftliche Alternativen!
Hans-Jochen Vogel,
Fürther Str. 49, 09113 Chemnitz

Henrik Kraemer, Hamburg

Falsche strategische Ausrichtung

Hamburg, 10.01.2003 Auch ich möchte einen kurzen Kommentar zum gemeinsamen Papier von DGB/Attac/VENRO abgeben. Dazu vorweg: Es spricht m. E. nichts dagegen, ein gemeinsames Papier mit NGOs und dem DGB zu verfassen und dieses an die Bundesregierung zu richten. Harald Klimenta hat völlig recht, wenn er auf die Arbeitsweise von Netzwerken verweist, in denen möglichst viele Akteure zusammenarbeiten und Kompromisse eingehen. Handelt es sich hier aber tatsächlich um „ein Papier, in dem verschiedene Akteure die Schnittmenge ihrer Positionen ausloten“? Wenn dies so ist, so frage ich mich, welche Zugeständnisse seitens des DGB und VENRO dazu erbracht worden sind. Die Attac-Positionen sind teilweise bis zur Unkenntlichkeit verdreht bzw. abgeschwächt, dass es mir eher so erscheint, dass dieses Papier nicht „das Ergebnis einer über die letzten zwei Jahre intensiv geführten Debatte“ ist, sondern ein von VENRO und DGB erstelltes Papier, das im Nachhinein vom Ko-Kreis absegnet wurde. Ich erinnere daran, dass die Attac-Erklärung festhält, dass **wir uns „für eine neue(!)**

Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird“, einsetzen und nicht für eine Globalisierung mit einem sozialen und demokratischen „Gesicht“, das ja wohl eher eine Feigenblattfunktion hat. Es gilt, die strukturellen Ursachen aufzudecken und bekannt zu machen, um letztendlich die zutiefst ungerechten Strukturen der bestehenden Weltordnung aufzubrechen und umzugestalten. Das gemeinsame Papier stellt aus meiner Sicht unnötigerweise einen Rückschritt zu bestehenden Attac-Positionen und Analysen dar, viele sind bereits von einigen KommentatorInnen erwähnt worden. Besonders auf dem Feld der internationalen Finanzmärkte, eigentlich ein Steckenpferd von Attac, sehe ich gravierende Mängel an dem Papier, hier nur zwei Beispiele:

Seit wann ist die Wechselkurspolitik zwischen Euro, Dollar und Yen ein zentrales Problem der internationalen Finanzarchitektur, das unbedingt durch internationale Kooperation gelöst werden müsste? Ist den Verfassern klar, dass bei offenen Kapitalmärkten stabile Wechselkurse nur für den Preis der Aufgabe einer autonomen Wirtschaftspolitik zu bekommen sind? Was ist mit den dramatischen Schwankungen der Wechselkurse von 50% und mehr in Asien und Lateinamerika, die meist von massiven Spekulationsgeschäften begleitet werden und Millionen Menschen in die Armut treiben?

Weiter heisst es: „Notwendig sind auch eine verschärfte Überwachung und Kontrolle von Derivaten (...) sowie eine Aufsicht der Finanz- und Steueroasen“. Was ist mit unseren Forderungen nach einem Verbot der spekulativen Hedge-Fonds und der Abschaffung/Schließung der Steueroasen?

Alles in allem wird die neoliberale Logik nicht mal mehr in Frage gestellt, sondern Liberalisierung wird generell befürwortet, wenn die Bedingungen/Voraussetzungen dafür gegeben sind. Nur: Wer bestimmt, wann Länder „bereit“ sind? Der IWF? Die Weltbank? Außerdem fehlen weitere wichtige

Forderungen von Attac, so z. B. eine angemessene (also höhere) Besteuerung von Unternehmen und Kapital im Allgemeinen, die Vermögenssteuer, etc. Natürlich ist nicht alles schlecht in dem Papier, da stehen viele wichtige und richtige Forderungen drin, die wir so durchaus unterstützen. Mich stört aber v. a. die generelle Ausrichtung des Papiers, das sich wie ein Politikberatungspapier einer NGO liest. Attac aber ist keine Politikberatung! Wir sind eine politische Bewegung, die durch Druck von der Straße Veränderungen erreichen möchte, und das geht über die Einbindung der „Zivilgesellschaft“ in politische Entscheidungsprozesse hinaus, wie in dem Papier immer wieder gefordert wird. Das ist nämlich genau die Rhetorik, die sich IWF, Weltbank & Co bereits einverleibt haben, um ihre bisherige Politik unter dem Deckmantel der „zivilgesellschaftlichen Beteiligung“ fortführen zu können.

Falsche strategischen Ausrichtung

Dieses Papier hat meiner Meinung nach die falsche strategischen Ausrichtung, es fehlt völlig der Bezug zur internationalen globalisierungskritischen Bewegung, als deren Teil wir uns doch verstehen. Es werden lediglich (seichte) Forderungen gestellt, ohne gleichzeitig starken politischen Widerstand, Aktionen, Demonstrationen und zivilen Ungehorsam anzudrohen, sollte die etablierte Politik sich nicht endlich bewegen. Wir sollten keine Politikberatung anbieten, sondern politischen Druck „von unten“ ausüben! Dies ist, soweit mir bekannt, das erste Mal, dass eine Entscheidung des Ko-Kreises zumindest von Teilen der Basis nicht mitgetragen wird. Es war vorauszusehen, dass dies irgendwann einmal passieren würde, und der Ko-Kreis wird sich damit auseinandersetzen müssen. Ich teile nicht die Forderung nach einer Absetzung des Ko-Kreises und auch nicht die Polemik einiger KommentatorInnen gegen einzelne Mitglieder des Ko-Kreises, aber ich plädiere dennoch aus o.g. Gründen dafür, dass Attac die Unterschrift unter das gemeinsame Papier zurückzieht und dies in einer Presseerklärung veröffentlicht

Eckhard Stratmann-Mertens, Bochum

Globalisierungs-kritische Bündnispolitik statt strategischer Allianz mit "den" Gewerkschaften

12.1.2003 Selbstverständlich ist es für Attac notwendig, gerade bei den Gewerkschaften Bündnispartner für die globalisierungskritische Aktion und Überzeugungsarbeit zu suchen. Selbstverständlich kann ein Bündnispapier nur Kompromisscharakter haben, darf allerdings auch nicht den Grundsätzen eines der Bündnispartner widersprechen. Und selbstverständlich hat der Ko-Kreis das Recht, sogar die Aufgabe, für Attac zu sprechen und Position zu beziehen. Mit der vorliegenden Gemeinsamen Erklärung (GE) und der Stellungnahme des Ko-Kreises zu der sich entwickelnden Kritik daran verstößt dieser allerdings gegen den Konsens von Attac, wie er in der Attac-Erklärung von Frankfurt (Mai 2002) zum Ausdruck kommt, und verschiebt - zumindest in der Außen- und Binnenwirkung - die Position von Attac in Richtung einer moderaten, sprich sozialdemokratischen, Globalisierungskritik.

1. Globalisierungsideologie statt Aufklärung

Auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt sind nach mehreren Abstimmungen im Plenum und nach stundenlanger Redaktionsarbeit alle Formulierungen der Entwurfsfassung für die Attac-Erklärung ersetzt worden, die sich für eine "gerechte Globalisierung", eine "Globalisierung von unten" o.ä. aussprachen. Solche Formulierungen waren vielleicht mehrheitsfähig, aber nicht annähernd konsensfähig. Zu stark war der Widerspruch gegen jede Art von Orientierung auf Globalisierung.

In der Gemeinsamen Erklärung "Globalisierung gerecht gestalten" unterschreibt nun der Ko-Kreis für Attac: "Die Globalisierung benötigt ein soziales und demokratisches Gesicht. Es gilt nicht, der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten." (S.2) Und mit dem letzten Satz der Erklärung (S. 12) wird die "Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit" beschworen. Auf dem Wege der Bündnispolitik schafft es also der Ko-Kreis, im Namen von Attac Globalisierung positiv zu besetzen und auch noch mit dem Konzept der Nachhaltigkeit zu versöhnen. Dieses Hinwegsetzen über den erkennbaren Konsens von Attac ist kühn, um nicht zu sagen dreist; und es stellt den Zusammenhalt in der Vielfalt bei Attac auf eine harte Bewährungsprobe um einer bündnispolitischen Einigung mit der DGB-Spitze willen.

Die affirmative Verwendung des Begriffes Globalisierung verkennt, dass dieser Begriff erst seit etwa zehn Jahren im Umlauf ist, da er sich besonders gut dafür eignet, der Unterordnung alles lokal und regional Besonderen unter das kapitalistisch -sei es neoliberal oder neokeynesianisch- dominierte Globale das Wort zu reden. Diese Begriffswahl verschleiert, dass auch bei einer "demokratischen, sozialen und ökologischen Einzäunung" der Globalisierung die Wucht und Gewalt dieses Prozesses gegenüber einer demokratischen Kontrolle von unten weiter anwachsen wird, der Reichtum der OECD-Staaten weiter gesteigert werden soll und damit die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt aufrechterhalten wird und dass der Zugriff der OECD-Gesellschaften auf die Ressourcen und Umweltmedien der Einen Welt - trotz mancher Effizienzerfolge - weiter in die Höhe getrieben wird. Ideologie statt Aufklärung.

2. Reichtumsförderung für die Reichen statt Ende der Ausbeutung

"Deutschland muss als eines der reichsten Länder der Erde künftig eine größere internationale Verantwortung übernehmen als bisher" - so zur Armutsbekämpfung und zur nachhaltigen Entwicklung (GE, S. 2). Dieser Satz hat es in sich: Nicht in erster Linie, weil nahezu die identische Formulierung mittlerweile zur Rechtfertigung einer globalen militärischen Interventionspolitik dieses reichen Deutschlands dient. Sondern vielmehr deshalb, weil unser Reichtumsstatus mit keiner Silbe in Frage gestellt wird, Armutsbekämpfung daher gemäß **Pferdeappel-Theorem** auf die Verteilung von mehr oder weniger großen Brosamen reduziert wird ("Wird das Pferd wohl gefüttert, haben auch die Spatzen was davon.").

Unstrittig ist das Ziel einer Steigerung der **Entwicklungshilfe** auf 0,7 %, wenn nicht 1 % des BSP. Aber diese und andere für sich sinnvollen Einzelmaßnahmen übersehen, dass es für die reichen Länder nicht in erster Linie darauf ankommt, den Entwicklungsländern mehr zu geben, sondern weniger von ihnen zu nehmen, mit anderen Worten, sie und ihre Ressourcen nicht weiter auszubeuten. Die dramatische Auseinanderentwicklung der Kluft zwischen den reichsten 20 Prozent der Erdbevölkerung (in den OECD-Staaten) und den ärmsten 20 Prozent, die Reichtumsanhäufung zu unseren Gunsten nimmt den

Entwicklungsländern u.a. die Ressourcen und die Umweltmedien (gesunde Luft, Böden, Wasser), die sie für ihre eigene Entwicklung so dringend brauchen. Weitere Anhäufung von Reichtum im Norden und eine Nachhaltige Entwicklung weltweit sind daher unvereinbare Gegensätze.

Ein entscheidender Motor für die Globalisierung und für die weitere Akkumulation von Reichtum und Kapital in den OECD-Ländern ist die mythisch überhöhte Fixierung auf **Wirtschaftswachstum**. Diese Fixierung in einer neo-keynesianischen Gestalt prägt auch den Geist der Gemeinsamen Erklärung. Dort wird unter dem Punkt "Reform der Internationalen Finanzarchitektur" die globale aktuelle Wirtschaftsschwäche beschworen und die Überwindung der rezessiven Tendenzen durch "eine wachstumsfördernde, souveräne Konjunkturpolitik" beschworen (S. 5). Die Festlegung auf Wirtschaftswachstum, die hier für Attac vorgenommen wird, widerspricht wiederum dem Geist der Attac-Erklärung von Frankfurt. Dort fehlt eine Klärung zu diesem Punkt deshalb, da einerseits eine grundsätzliche Diskussion zu dieser Problematik bei Attac bisher aussteht, aber jede/r weiß, dass es in dieser Frage bei Attac -bisher- keinen Konsens gibt. Es ist an der Zeit, bei Attac den Zusammenhang von Globalisierungskritik, Wirtschaftswachstum und einer nachhaltigen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu debattieren. Es geht nicht an, dass der Ko-Kreis dieses kontroverse Vakuum mit einer **keynesianisch inspirierten Interpretationshoheit** ausfüllt, wie z.B. Peter Wahl mit der Forderung nach einer wachstumsfördernden Geld- und Zinspolitik der EZB in einer Attac-Presseerklärung (v. 18.10.02) zu den Koalitionsvereinbarungen von Rot-Grün.

3. Welche Art von gewerkschaftlicher Bündnispolitik?

Das Kriterium, an dem sich die Bündnispolitik von Attac zu bewähren hat, kann nur ihr Beitrag zur Verbreiterung und Stärkung der globalisierungskritischen Bewegung sein. Ohne Zweifel gibt es in den Gewerkschaften und Belegschaften zahlreiche Kräfte, die wie Attac Teil der globalisierungskritischen Bewegung sind. Auf diese Kräfte, sei es in den Belegschaften, unter Betriebsräten oder auch in Gewerkschaftsvorständen, sollte die Bündnisarbeit von Attac orientiert sein. Dies schließt auch den Versuch einer gemeinsamen Erklärung zur Globalisierung mit dem DGB ein. Gemeinsame Erklärungen und Aktionen mit den Gewerkschaften oder Teilen von ihnen können für die Gesamtbewegung sehr förderlich sein.

Genauso deutlich muss aber in Zukunft auch von Attac an den DGB-Gewerkschaften Kritik geübt werden, wenn es aus sozialen, demokratischen oder ökologischen Gründen geboten ist.

"Die Ausweitung und damit die Verschärfung des globalen Wettbewerbs waren politisch gewollt", heißt es in der Gemeinsamen Erklärung zu Recht (S.2). Entscheidende Triebkräfte waren und sind aber nicht nur - wie es die Gemeinsame Erklärung an selber Stelle suggeriert - die Neoliberalen aller Schattierungen, die Regierungen der USA, Japans und der EU sowie transnationale Konzerne. Einen wesentlichen Anteil daran hat auch eine unheilige Allianz von Kapital und Gewerkschaften, die gemeinsam den northern way of life, die bei uns herrschende Weise zu produzieren und zu konsumieren, verteidigen und weiter ausbauen wollen. Die großen DBG-Gewerkschaften -natürlich in unterschiedlicher Ausprägung- sind neben anderen Akteuren ein Wegbereiter der Reichtumsposition Deutschlands und der Globalisierung. Nicht zuletzt dank ihrer offensiven Unterstützung ist Deutschland Exportweltmeister, u.a. mithilfe vielfältiger Exportsubventionen

(z.B. Hermesbürgschaften). Kaum ein relevantes und umstrittenes Exportgroßgeschäft, das nicht von den betroffenen Gewerkschaften und Belegschaften gefeiert wird. Kaum eine Großfusion, der die gewerkschaftlichen Funktionäre in den Aufsichtsräten nicht zustimmen und damit die Macht der TNK weiter wachsen lassen.

Eine differenzierende Bündnispolitik gegenüber den Gewerkschaften verträgt sich nicht mit der vom Ko-Kreis propagierten "Allianz mit den Gewerkschaften": " ... ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Teil der strategischen Grundorientierung von ATTAC" (Stellungnahme Ko-Kreis, S. 4f.). Eine solche prästabilisierte Harmonie Attac-DGB fördert - wie die Gemeinsame Erklärung zeigt - eher das Hinwegsehen über die teilweise Komplizenschaft der DGB-Gewerkschaften mit der Globalisierung und fördert eher, dass das Motorboot Attac vom Tanker DGB angedockt wird, als dass die Kritik an der Globalisierung geschärft und verbreitert wird.

4. "Wir brauchen die politische Diskussion"

In dieser Einschätzung ist dem Ko-Kreis nur zuzustimmen (Punkt V. seiner Stellungnahme). Die Kontroverse um die Gemeinsame Erklärung zeigt, dass Attac nicht weiter den offenkundig strittigen Fragen ausweichen kann, u.a.:

- Wollen wir weniger, keine oder eine andere Globalisierung?
- Wie stehen wir zum Wirtschaftswachstum in den reichen Industrieländern?
- Sind Globalisierung und Nachhaltige Entwicklung, Globalisierung und Ökologie vereinbar?
- Welche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik resultiert aus unserer Globalisierungskritik?

Nach einer Phase der offenen und solidarischen Diskussion sollte dann auch der Versuch unternommen werden, die Attac-Grundsatzklärung inhaltlich zu vertiefen und zu präzisieren.

Eckhard Stratmann-Mertens 12.1.2003

Mitglied der AG Welthandel und WTO und der Lokalgruppe Bochum
E-mail: Stratmann-Mertens@gmx.de

Rudolf Stratmann, Attac-Hamburg,

Strategische Fehlbestimmung

Der ATTAC-Koordinierungskreis hat gestern, 11.1.2003, in einer ausführlichen Stellungnahme die inzwischen heftig kritisierte Unterschrift unter das DGB-/VENRO-Papier verteidigt und die eigentliche Begründung für die Unterschrift geliefert, nämlich die „strategische Bedeutung der Allianz mit den Gewerkschaften“. Damit haben wir den nächsten Skandal, dass wieder eine eindeutig wichtige, „strategische“ Frage, nämlich, wie gehen wir mit den deutschen Gewerkschaften um und was heisst überhaupt Bündnispolitik, einfach in eine bestimmte Richtung vom KoKreis beantwortet wird, ohne dass gerade vom KoKreis die Diskussion um diese Frage organisiert worden wäre bzw. die dieser Richtungs-Entscheidung vorausgehenden Debatten im KoKreis selbst transparent gemacht worden wären (von wann ist das letzte Protokoll auf der homepage?).

„Aus bündnispolitischen Gründen“ soll das Papier nun gerettet werden. „Auch im Ko-Kreis-internen Abstimmungsprozess wurde in unterschiedlicher Intensität von allen (!, R.S.) darauf hingewiesen, dass sie dem Papier nicht so sehr aus inhaltlichen, sondern vielmehr bündnispolitischen Motiven zustimmen“. Die Haupt-Debatte über den Inhalt, ob das Papier tatsächlich „in emanzipatorische Richtung oder in die entgegengesetzte“ zeigt, wird nur noch aus der Defensive heraus weitergeführt, mit Hinweis darauf, dass das Papier „nicht in ausdrücklichem Widerspruch“ zur Frankfurter Erklärung von Mai 2002 stünde,

die angeblich „der inhaltliche Konsens von ATTAC“ ist. Daneben aber wird nun die zweite Debatte aufgemacht, nämlich ob nicht angesichts der gegenwärtigen politischen Lage „die Gewerkschaften“, offenbar insbesondere verdi, zur gesellschaftliche Mitte des Widerstands gegen neoliberale Globalisierung uminterpretiert werden müssen.

Zu I:

Die als „Verfahrensfrage“ überschriebene völlig undemokratische Art des Zustandekommens dieses Papiers bzw. der Attac-Unterschrift schliesst sich an: „Fehler in der internen Kommunikation“ ist euphemistisch, die Bundesebene stellt sich leider derzeit dar durch a) Nicht-Transparenz, b) Nicht-Verbreiten von Entscheidungs-Debatten, c) Politischen und Finanz-Entscheidungen, die viele Attacies überraschen (die Einstellungen, der Büro-Aufbau z.B.)

Wenn an der DGB-VENRO-Erklärung nur seit letztem Sommer gearbeitet wurde, wo sind die mails, die darauf aufmerksam machten? Welche KoKreisler berichten, informieren, debattieren überhaupt auf attacmod? Kunststück, diese einzige übergreifende Liste ist nun auch noch eingestellt.

Ich glaube deshalb nicht an einzelne „Versäumnisse“, sondern an ein bestimmtes Politik-Verständnis, das lieber in traditioneller, aber historisch gescheiterter Manier an „Bündnissen“ hinter verschlossenen Türen strickt. Natürlich wird sich niemand angesprochen fühlen und ich bin als Polemisiere abgehakt. Wirklich? Wer wagt es aus dem KoKreis, die sicher interessanten Debatten öffentlich zu machen?

Zu II:

Eine Aussenvertretung muss natürlich auf der Bundesebene mithilfe eines Organs organisiert werden, die Frage ist nur, welche für was. Ausserdem muss die Art dieser Vertretung so funktionieren, dass normale Menschen mitkommen und was dazu sagen können, und zwar laufend und nicht erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Schliesslich muss Rechenschaft abgelegt werden. Habe ich schon mal sowas wie einen Tätigkeitsbericht o.ä. gesehen? Darf ich als jemand, der nicht nach Göttingen fährt, diesem Bericht zustimmen oder ihn ablehnen? Beidesmal Fehlanzeige.

Im diskutierten Fall ist zwar das angegeben Kriterium, nämlich „ob der Text dazu beiträgt, die bestehenden Kräfteverhältnisse – wie bescheiden auch immer- in emanzipatorische Richtung oder in die entgegengesetzte zu verschieben“ im allgemeinen richtig, doch was heisst das? Das wird nicht verraten. Nicht einmal der Versuch wird gemacht, doch bitte etwas konkreter die Kräfteverhältnisse einzuschätzen und zu sagen, wo und warum das DGB-Papier ein Fortschritt sein soll. Stattdessen werden wiederum allgemeine Diskurs-statements („Man kann darüber diskutieren, ob wir in diesem Fall zu weit gegangen sind.“ Usw. Bitte, mach es!) aufgeschrieben, um dann zum unvermeidlich unbegründeten Bekenntnis zu gelangen, „sind wir der Meinung, dass der Text in die richtige Richtung geht, d.h. Ansätze bietet.“ Wenn immer wieder methodisch durch solche Einschübe wie „wie bescheiden auch immer“ oder „d.h. Ansätze bietet“ auch der noch so kleinste angebliche Fortschritt als ausreichend hingestellt wird, dass dieser Text eine „Dynamik, die weiter geht“ befördert, dann frage ich mich zweierlei: Wie soll man dann, wenn man schon im Grossen Schwierigkeiten hat, die Kräfteverhältnisse einzuschätzen, im Kleinen umso präziser einschätzen können? Für die Lernprozesse einzelner sicherlich, aber dann? Zweitens, ist dieses Vorgehen nicht vielmehr Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts schwacher oder nicht vorhandener politischer Begründungen? Bleibt dann die Argumentation nicht schliesslich stecken in der Beschwörung, dass sich überhaupt was bewegt, egal was?

Zu III:

„Der inhaltliche Konsens von ATTAC ist in der Erklärung „Die

Welt ist keine Ware – eine andere Welt ist möglich!“ formuliert, die auf dem Ratschlag im Mai 2002 in Frankfurt verabschiedet wurde“.

Das ist falsch und bedarf mehrerer Klarstellungen.

Der inhaltliche Konsens, über den hier gesprochen wird, bezieht sich auf Attac-Deutschland. Weder ist mit der Frankfurter Erklärung der Stand der Attac-D-Debatte, der wahrscheinlich weitgehend Konsens ist (wer stellt das fest?) ausreichend um- und beschrieben noch kann in einer Organisation, die sich ATTAC nennt, der internationale Kontext sowohl der ATTAC-Bewegung wie auch der Antiglobalisierungs-Bewegung ausgeblendet werden.

Die erste Erklärung von April 2000, die Festlegungen der einzelnen Ratschläge, der Kongress in Berlin, das Selbstverständnispapier – das alles gehört zum „inhaltlichen“ Konsens oder sagen wir besser zur Attac-D-Selbstdefinition dazu, genauso wie der Bezug zur internationalen Ebene. Der Versuch, Attac-D nur auf die Frankfurter Erklärung zu reduzieren, soll bloss dem folgenden Argument den Boden bereiten, nämlich dass das DGB-Papier und die Frankfurter Erklärung „nicht in ausdrücklichem Widerspruch zueinander stehen“. Das ist fürwahr das allerletzte Rückzugs-Argument. Die Bitte an die Kritikaster, doch zuzugestehen, dass mit der Unterschrift unter das DGB-Papier doch nicht „ausdrücklich“ gegen die Beschlusslage verstossen wurde. Soll ich jetzt nachschauen, wo es aber implizite Widersprüche gibt?

„Wer die Frankfurter Erklärung mit der DGB-ATTAC-VENRO Erklärung vergleicht, wird feststellen, dass beide Texte nicht“ zueinander passen, hätte es heissen müssen. Das geht gleich zu Anfang los, dass in der FE Globalisierung und Neoliberalismus zueinander gestellt werden, während in der gesamten DGBE das Wort Neoliberalismus nicht vorkommt (am Ende steht einmal neoliberale Globalisierung). Die DGBE hält sich mit langen Vorreden, was denn eigentlich „Globalisierung“ sein könnte, nicht auf, sondern geht wie selbstverständlich von ihr aus und setzt sofort den Rahmen: „Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen ...“ An entsprechender Stelle der FE heisst es dagegen: „Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung.“ Zum Markt vermerkt die FE, dass es die Ideologie des Neoliberalismus ist, nach der „sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen lassen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt“. Die FE kann ich unterschreiben, die DGBE nicht. Schon bei diesen kurzen Gegenüberstellungen nicht.

„Nicht in ausdrücklichem Widerspruch“? Es schreit nach Widerspruch!

Ich will die Textanalyse gar nicht weiter machen, nur weiter auf den entsprechenden Vergleich der ersten Sätze des „Porto Alegre Aufruf zur Mobilisierung“, den ATTAC unterschrieben hat, mit der DGBE hinweisen.

Ich denke, dass bei den vielen vorgebrachten Kritiken längst klar sein dürfte, dass inhaltlich die Unterschrift von ATTAC-D unter das DGB-Papier nicht zu halten ist.

Zu IV:

Was bleibt, ist das Bündnisargument. Doch bevor man das diskutiert, sollte man sich schon verwunderlich die Augen reiben und fragen, welche gesellschaftliche Situation es denn so dringend machen kann, dass ein offensichtlich nicht in unserem Sinne geschriebenes Papier aus bündnispolitischen Gründen unterstützt werden sollte?

Auch dieses Kapitel beginnt mit einer absichtlichen Ausblendung. „ATTAC hat von Anbeginn großen Wert auf die Kooperation mit Gewerkschaften gelegt. Die DGB-Jugend hat einen Sitz im Ko-Kreis.“

Wer ist ATTAC? Und was ist der Anbeginn? Auf dem Ratschlag

April 2000, wo mit der ersten Erklärung Attac-D bzw. das „Netzwerk“ ein quasi Gründungsdokument bekam, wurde die Drohung der Riester-Rente zum Anlass genommen, den Kontakt mit „Gewerkschaften“, nein, mit kritischen Menschen in den Gewerkschaften, aufzunehmen, um zu sehen, welchen Protest wir gegen die drohende Kapitalisierung der Rente zusammen machen könnten. Das ist dann auch geschehen, so rudimentär der Protest auch war, hier oder da kam es auch zu gemeinsamen Aktionen, wie mit verdi-HH bei uns, allerdings nur, bis die SPD-Spitzen alle zurückpiffen und zur Ordnung riefen. Vor allem der DGB-Vorstand Putzhammer tat sich damals hervor. In der Erklärung stand als Einzelforderung „Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds)“. In der FE ist diese Forderung kassiert worden und ersetzt durch das viel unverbindlichere „Ein System der solidarischen Alterssicherung“. Bis auf die IG Bau (immerhin ein brauchbares Gegenkonzept) hat sich damals keine Gewerkschaft als Organisation des Widerstands gegen die Riester-Rente erwiesen, so wie sich allgemein heute auch keine DGB-Gewerkschaft als Organisation des Widerstandes gegen Privatisierungen feststellen lässt.

Vielleicht ist aber dieser „Anbeginn“ gar nicht gemeint. Schliesslich hiess das „Netzwerk“ damals ja noch gar nicht ATTAC; könnte sein, dass ich diese feine Geschichtsklitterung übersehen habe. Aber indem wir im „Netzwerk“ mit der SozSich-Arbeit angefangen und uns gegen die Riester-Rente gestellt haben, übernahmen wir die Vorarbeit von Attac-Frankreich. Attac hat von seiner Gründung in Frankreich her starke Impulse nicht nur von dem damals verbreiteten Anti-MAI-Protest, sondern auch aus der Debatte über die Einführung von Pensionsfonds erhalten. Und die gewerkschaftlichen Kämpfe von 95 wie auch die Veränderungen in der Gewerkschaftslandschaft (SUD-Gründungen) haben zu personeller Zusammenarbeit in Attac-F geführt. Aber ich kann nicht erkennen, dass in Frankreich ein Debatte geführt worden wäre über eine strategische Allianz mit „den Gewerkschaften“. Aber die ist ja hier auch nicht geführt worden, es gibt jetzt lediglich die KoKreis-Position.

Wie nun wird diese Position begründet? Gar nicht. Es wird lediglich behauptet, „dass die Gewerkschaften trotz aller berechtigten Kritik an ihrer Politik, noch immer eine große emanzipatorische Kraft sind.“ Wird das begründet? Nein. Es folgt nur eine weitere Behauptung.

Die deutschen Gewerkschaften sind leider mitnichten eine „große emanzipatorische Kraft“. Das kann nur behaupten, wer einen fragwürdigen Begriff von Emanzipation hat. Dem DGB-Vorsitzenden ist jüngst auf seine Frage, ob er zum Attac-Schweiz-Kongress gegen Davos kommen könne, gesagt worden, wenn er beim World Economic Forum absage, dann ja. Er hat es vorgezogen, nach Davos zu gehen. Welcher Gewerkschaftsführer hat nicht in Deutschland spätestens immer dann den SPD-Kurs in seinem Laden durchgesetzt, wenn die Partei es wollte? IG Metall Bleicher war noch Anti-Kapitalist, aber das ist lange her. Die Bündnisfrage stellt sich aus meiner bescheidenen Hamburger Sicht mit dem DGB oder Einzelgewerkschaften überhaupt nicht. Der GEW-Landesverband ist seit seinem Beitritt zu Attac-Hamburg so nett, uns Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, das ist schon sehr, sehr viel. Deswegen mussten wir aber kein strategisches Papier unterschreiben. Verdi-Hamburg hingegen ist an den entscheidenden Fragen der Privatisierung und der Unterstützung der Linie, alle fit für den Wettbewerb zu machen, eher politischer Gegner und eher hinderlich als dass wir von daher Unterstützung, „wie bescheiden auch immer“, erwarten dürften. Eigentlich ist auch dieser Punkt, nämlich was machen die DGB-Gewerkschaften inhaltlich und wo und mit wem können wir

zusammen was machen, schon lange klar. Es gab diese Diskussion schon weit vor Attac. Linksgewerkschaftliche Arbeit mag zwar nicht besonders mächtig sein, sie gibt es aber schon lange, entsprechende Netzwerke waren es, auf die wir uns bei dem o.a. „Anbeginn“ der Renten-Arbeit stützen konnten. Jetzt kommt ein Attac-D-KoKreis daher und zeigt den ewig sich abstrugelnden linken Gewerkschaftlern, was eine strategische Harke ist. Man nehme nur den Globalisierungs-Euphemismus des DGB und füge ein paar harmlose Forderungen hinzu und schon haben wir einen Ansatz gegen den sich verschärfenden Klassenkampf von oben?

Zu V:

„Wir brauchen die politische Diskussion“! Quelle surprise, aber richtig. „Wir sollten die Gelegenheit nutzen für eine gründliche und offene Diskussion über die politische Strategie von ATTAC.“

Diese ist gerade dabei, als erstes Zwischenergebnis die falsche strategische Bestimmung von der

„Allianz mit den Gewerkschaften“ zurückzuweisen. Wo keine Argumente, sondern nur Behauptungen, ist kein strategischer Boden vorhanden. Und natürlich:

Die Unterschrift unter das DGB-Papier muss zurückgezogen werden

Christine Buchholz, Berlin

Gedanken zur Debatte um das DGB/ATTAC/VENRO-Papier

Vorbemerkung:

Als aktives Mitglied eine DGB-Gewerkschaft und ehemalige Vertrauensfrau habe ich mir kurz überlegt, was meine Kolleginnen und Kollegen wohl zu diesem Papier gesagt hätten. Wahrscheinlich hätten sie zuerst einen kurzen Blick drauf geworfen und gesagt, „Zu spät - der Weihnachtsmann war schon da und hat die Wunschlisten eingesammelt“. Dann hätten sie wahrscheinlich gefragt: „Das mit der internationalen Verantwortung Deutschlands, war das nicht das mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.“ Und in Bezug auf die Erhöhung der Entwicklungshilfe „Und wer soll das bezahlen?“ Eine durchaus berechtigte Frage. Denn ihre Erfahrung nach vier Jahren rot-grüner Regierungspolitik ist, dass für jedes noch so wohlklingende Projekt ja doch wieder die kleinen Leute bezahlen müssen. Und da das Papier ihnen keine klare Antwort gibt, könnte ich ihnen auch nicht versichern, dass das ganze im Interesse der Armen und Arbeiter der ganzen Welt ist.

Ich teile den Unmut und das Unverständnis der Kritiker des Papiers und denke, dass allein der durch die Debatte entstandene Diskussionsbedarf einen Rückzug der Unterschrift notwendig macht. Meines Erachtens geht es dabei aber gar nicht so sehr um das konkrete Papier, sondern um die Frage der Strategie von Attac über die es offenkundige Differenzen gibt. Problem ist nicht, dass eine gemeinsame Erklärung herausgegeben wird, schon gar nicht mit den Gewerkschaften. Sie sind die größte „anti-kapitalistische“ Organisation im wörtlichen Sinne (also die größte und potentiell mächtigste Defensivorganisation gegen Angriffe des Kapitals). Deshalb stehen sie in Deutschland, wo sie vergleichsweise stark sind, auch gerade extrem unter Beschuss. Ein erfolgreicher Widerstand gegen die Politik der Konzerne kann an ihnen – auch an den Gewerkschaftsführungen - nicht vorbei. Problem ist hingegen, dass die Erklärung einem Selbstverständnis folgt, dass m.E. nicht Arbeitsgrundlage für Attac sein kann.

Attac ist ein Kind der Bewegung von Seattle und Genua,

Attac soll Organisation der Bewegung sein. Politische Handlungs- und **Aktionsfähigkeit** ist das Ziel. Aber wie werden wir Handlungsfähig im Sinne der internationalen Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg? Bewegungen zeichnen sich dadurch aus, dass sich Menschen gemeinsam gegen etwas oder für eine beschränkte Forderung formieren. Das schließt Menschen, die zwar nicht prinzipiell gegen Marktwirtschaft sind genauso ein, wie diejenigen, die der Meinung sind, die Gesellschaft müsste fundamental geändert werden. Erstere sind zweifelsohne die Mehrheit. Bewegung wirft Fragen auf, verändert Bewusstsein und emanzipiert Menschen. Menschen, die wir brauchen, um die Welt zu verändern. Ich bin absolut dafür, Bündnisse mit Gewerkschaften zu schließen und zwar um gemeinsam die Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg zu stärken. Über die Berliner Mailingliste ging gerade eine Mail bezüglich einer gemeinsamen Initiative von IG-Metall und Attac-Berlin betreffend die Mobilisierung zum 15.2. Super! Was soll aber eine sechs-seitige Erklärung ohne Fokus auf irgend eine gemeinsame Aktivität?

Manchmal habe ich den Eindruck, als wollten Leute Attac ein Programm geben. Das Programm für eine bessere Welt. Die Alternative, so scheint es, wird nicht in dem Aufbau einer gemeinsamen Bewegung, sondern in den „besseren Konzepten“ gesehen. Hat man erst mal das Konzept, so sind die Aktivisten nur noch das Druckmittel, Statisten. Aber: Parteien haben Programme, nicht Bewegungen. Vielleicht ist dem einen oder anderen Konzeptschreiber nicht bewusst, dass es ein Publikum für sein „besseres Konzept“ nur deswegen gibt, weil es eine Bewegung gibt, die Menschen Stück für Stück, Gipfel für Gipfel, Kampagne für Kampagne aufgebaut haben. Nicht das Konzept ist genial und kann Veränderung bringen, sondern die Bewegung, die erstmals seit und anders als in den späten 60ern und frühen 70ern Antikapitalisten/Globalisierungskritiker und organisierte Arbeiter zusammengebracht hat. Hinter dem Papier steht ein **Verständnis der Politik-Veränderung durch „bessere Konzepte“, durch Lobbyarbeit, also Politikveränderung von Oben.** Eine Bündnisinitiative mit den Gewerkschaften müsste sich beziehen auf gemeinsame Aktivitäten gegen den Irakkrieg, die Abwehr von neoliberalen Angriffen vor Ort - so wie es auch viele Attac-Gruppen betreiben. Natürlich entsteht in der Bewegung auch ein Bedürfnis nach Debatte über einzelne Fragen, Hintergründe und Alternativen. Deshalb ist es notwendig, dass Attac als Organisation der Bewegung Räume für diese Debatte aufmacht. In diesem Raum können unterschiedliche Positionen vorgestellt und diskutiert werden. Da kann dann auch der Attac/DGB/Venro-Katalog diskutiert werden, wie auch andere Ideen und Konzepte.

Die Bewegung hat sich übrigens schon diese Räume geschaffen. Der Sinn und Zweck des Europäischen Sozialforums (ESF) war und ist es nicht, ein „Programm“ zu schreiben, sondern einen Raum für die Kontroverse anzubieten – unter dem Vorzeichen des gemeinsamen Aufbaus der Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg. Das ESF 2003, die Sommerakademie 2003 und Debatten in den Regionalgruppen müssen diesen Raum öffnen. Diese Bewegung wird - auch in Deutschland - in den nächsten Wochen vor allem der Kampf gegen einen drohenden Krieg gegen Irak werden. Die Tatsache, dass **Krieg** in dem Papier **nicht** ein einziges Mal **erwähnt** wird, setzt dem ganzen noch die Krone auf und zeigt, dass es nicht den Zweck verfolgt Bewegung zu stärken.

Christine Buchholz
Attac-Berlin und Linksruck

Rüdiger Heescher

Bündnispapier

Hallo Attacies, mir ist nach den Anträgen für Göttingen nicht klar was mehr Wellen schlägt. Das Papier selbst oder der undemokratische Prozess, der zu diesem Papier geführt hat. Wie schon vom Kokreis beschrieben gab es ungeheure Versäumnisse bei der Abstimmung Attac intern und Verhandlungen zu diesem Papier. Da muss man sich immer fragen, was wäre wenn. Wenn es im Vornherein ein basisdemokratisches Verhandeln innerhalb von Attac gegeben hätte, dann würden wir wahrscheinlich noch in einem Jahr darüber streiten, was in das Papier hinein soll und was nicht. Die Anderen Bündnispartner hätten wahrscheinlich keine Lust mehr sich zu einem solchen Papier durchzuringen. Von daher ist es so falsch es gelaufen ist erst mal ein Weg bereitet.

Eines war klar von vornherein: Wenn man sich zu so einem Papier entscheidet, dann würde es nicht 1:1 die Position von Attac enthalten. Man muss sich dann Gedanken darüber machen, ob man überhaupt ein solches Papier wollte. Das wäre eine Entscheidungsfrage, die sich aufgrund der Situation nicht ergibt, da wir ohnehin Bündnispartner sind und dieses Papier dieses Bündnis nur unterstützt. Also gewollt hätten wir es alle wollen. Es ist ein Bündnispapier, was immer Konzessionen verlangt von allen Seiten.

Ich möchte mich gar nicht auf einzelne Punkte konzentrieren und jeweils dazu Stellung nehmen. Ich möchte lieber darüber sprechen, was uns dieses Papier (auch so wie es existiert) strategisch für Vorteile bietet. Ich kann in den letzten Tagen aus eigener Erfahrung sagen, dass es mir in Verhandlungen mit Ratsmitgliedern von der SPD geholfen hat einen CBL Vertrag über das Kanalnetz in Witten abzuwenden und habe eine Tür geöffnet bekommen um weitere Gespräche zu führen über Runde Tische und die Abwendung von PPP (Public-private-partnership) von Schulen. Es kennt keiner von der SPD den genauen Inhalt dieses APpiers, aber sie wissen, dass Attac Bündnispartner vom DGB ist und gerade hier im Ruhrgebiet wo sowieso alles miteinander verpfilt ist - SPD-DGB-Stadtwerke (Aufsichtsratsposten) usw. kann man komischerweise offene Türen einrennen. Wir können so nun einfluss auf den Pful nehmen, um soweit es uns möglich ist, den Ausverkauf der kommunalen Daseinsvorsorge zu verhindern. Das funktioniert wirklich und ich habe frühe r als Grüner da ganz andere Erfahrungen gehabt. Attac wird als "natürlicher Partner" gesehen. Auch wenn die Sozialdemokraten in der unteren Hierarchie und im Mittelbau nicht ganz wahrgenommen haben auf was sich der DGB dort eingelassen hat.

Es ist mir völlig klar, dass der DGB ein Dinosaurier ist, der schon alleine von seiner Struktur her nicht fähig ist sich auf Attac Positionen wirklich aktiv einzulassen. Viele Forderungen von Attac waren schon in den 70er Jahren Inhalt des DGB, was sie aber nie umgesetzt haben und sich auch heute nicht gerade übermäßig für interessieren. Es ist alles richtig und ich bin einer der größten Kritiker der Gewerkschaften schon alleine aus der Erfahrung mit Gewerkschaften aus der Friedensbewegung heraus. Aber für unsere Unternehmungen in unseren Lokalgruppen ist es äußerst hilfreich. Ich kritisiere genauso die Herangehensweise an das Papier und hätte mir auch einen demokratischeren Weg gewünscht. Aber im Nachhinein muss ich auch sagen, wie hätte man es anders besser machen können und wäre es ein besseres Papier wirklich geworden?

Im Nachhinein muss ich einfach eher Peter Wahl für dieses Papier danken!!!

Gruss

Rüdiger

Saral Sarkar, Köln

Globalisierung akzeptieren oder Widerstand leisten?

Die am 5.12.2002 veröffentlichte gemeinsame Erklärung von Attac, DGB und VENRO (im Folgenden: die gemeinsame Erklärung) ist nicht irgendeine Erklärung. Sie ist ein sehr detailliertes Papier, in dem nicht nur konkrete Ideen und Forderungen, sondern auch sehr grundsätzliche Positionen enthalten sind – so ungefähr wie das Grundsatzprogramm einer Partei. Über den Verband VENRO weiß ich wenig, aber ich weiß, dass der DGB ein umfassendes Grundsatzprogramm hat. So mag es sein, dass für die große Organisation DGB diese Erklärung keine besondere Bedeutung hat. Aber für Attac, das kein umfassendes Grundsatzprogramm hat und wegen der Vielfalt der Denkrichtungen der Aktivisten und Gruppen, die darin versammelt sind, nie wird haben können, hat die gemeinsame Erklärung die Funktion eines versuchten Grundsatzprogramms. Das bisherige Fundament von Attac ist ein Forderungskatalog und ein sehr knappes, ziemlich allgemeines Statement namens "Attac-Erklärung" (im Mai 2002 auf einem Ratschlag in Frankfurt/M verabschiedet), in der der Konsens bezüglich der Hauptausrichtung von Attac festgehalten ist. Alles, was darüber hinausgeht, seien es politökonomische Glaubensartikel oder besondere Erklärungen und Aktionspläne, müssen die betreffenden Attac-Aktivisten und -Gruppen als ihre eigene Position erkennbar machen bzw. auf ihre eigene Kappe nehmen. Vor dem Hintergrund dieser Sachlage war schon der Versuch, zusammen mit anderen Organisationen eine Art Grundsatzprogramm zu schreiben, illegitim. Dass sie unterschrieben und veröffentlicht wurde, ohne dass dieser Versuch und das Produkt an der Basis ausführlich diskutiert wurde, war doppelt illegitim. Der Bundes-Kokreis hatte **kein Mandat** dafür.

Globalisierung Akzeptieren?

Ich möchte zeigen, dass mit der gemeinsamen Erklärung der Bundes-Kokreis versucht, die **Hauptausrichtung** von Attac **radikal zu ändern**.

Im Vorwort heißt es, mit der Erklärung hätten sich die Unterzeichner "*das Ziel gesetzt, die neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zu einem größeren Engagement für eine sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit demokratischem Antlitz aufzufordern*" (S.1 oben). Da ist nichts Schlechtes. Jeder Gutmensch sollte das tun. Was aber danach kommt, ist nicht so allgemein und harmlos, denn da wird in der Frage der Globalisierung eine klare, grundsätzliche Position bezogen, und da beginnen meine Einwände.

Schon mit dem Titel "*Globalisierung gerecht gestalten*" und dem im kategorischen Stil formulierten ersten Satz der Einleitung – "*Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen, ...*" (S.1 Mitte) – **akzeptieren die Unterzeichner die wirtschaftliche Globalisierung als etwas Gegebenes, an dem nicht mehr zu rütteln ist**, und sie akzeptieren auch die Notwendigkeit von globalen Institutionen wie der WTO, dem IWF usw. und ihren Regeln. Noch deutlicher werden sie in dem Satz: "*Es gilt nicht der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten*" (S. 2 Mitte). Das ist keineswegs Konsens in Attac-Deutschland. Im krassen Widerspruch dazu steht in der Attac-Erklärung:

"Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. ... Dazu gab und gibt es wirtschafts- und

gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung."

Des Weiteren steht in der Attac-Erklärung:

"Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird."

Und die Attac-Erklärung stellt fest:

"Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört."

Das ist der inhaltliche Grund, warum ich die gemeinsame Erklärung nicht als ein Attac-Papier anerkenne.

Die Demokratiefrage

Gleich danach steht die nächste kategorische, grundsätzliche Behauptung: "Eine Rückkehr zu einer Fixierung der Politik auf die nationalstaatliche Ebene ist keine wünschenswerte Alternative" (S. 1 Mitte). Seit wann ist das Konsens in Attac? Zwar ist jede Art von Fixierung auf etwas schlecht, zwar ist nationalistische Politik abzulehnen (wir sind Internationalisten). Aber solange wir unsere andere, bessere, "sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit demokratischem Antlitz" nicht haben, ist es besonders wünschenswert – ja es sollte eine unserer allgemeinen Forderungen sein – dass die Politik im allgemeinen und insbesondere Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der nationalstaatlichen Ebene beschlossen werden soll. Wenn es nach mir ginge, sollte sie möglichst auf der regionalen Ebene beschlossen werden, wobei die Region möglichst klein sein sollte. Wo soll denn heute die Politik sonst beschlossen werden?, hinter verschlossenen Türen im WTO-Sekretariat in Genf und in dem Gebäude des IWF in Washington? Drei Jahrzehnte lang – von Anfang der 1970er Jahre bis heute – haben Hunderttausende von Aktivist:innen in den neuen sozialen Bewegungen (man denke an die Bürgerinitiative-Bewegung!) gefordert, dass die betroffenen Menschen die Politik mitbestimmen sollen. Und nun sagen die Handvoll Funktionäre des Bundes-Kokreis von Attac kategorisch, eine Rückkehr der Politik auf nationalstaatliche Ebene sei nicht wünschenswert! Und das soll eine Grundsatzposition von Attac werden? Wie soll eine sozialwirtschaftliche Ordnung demokratisch sein, was die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung angeblich wollen, wenn in dieser Ordnung die Politik nicht einmal auf der nationalstaatlichen Ebene beschlossen werden darf? Jeder Soziologe bzw. Politologe, der damals den neuen sozialen Bewegungen nahestand, hat uns gesagt, je größer die Entfernung zwischen den Entscheidungsgremien und den Betroffenen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Entscheidungen undemokratisch sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang extra betonen, dass Politik auf der nationalstaatlichen Ebene und nationalistische Politik, nicht dasselbe sind. Ein **Nationalstaat** soll in unserem Kontext und im Sinne von Internationalisten nur eine praktische, geographisch und ökologisch definierte kleine politische Einheit sein, die demokratische Entscheidungsfindung begünstigt, die auch internationale Solidarität praktizieren kann und soll. So verstanden, könnte der Begriff auf den ersten Teil der Zusammensetzung verzichten. "Staat" also, nicht "Nationalstaat", ein Wort, das uns in der Vergangenheit viel Ärger bereitet hat. Eine demokratische Weltföderation von vielen solchen kleinen Einheiten ist unser Traumziel.

Ökologie, Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung

Obwohl die Attac-Funktionäre wissen, dass die Unterwerfung unter die Marktlogik die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört (siehe Zitat oben), fordern sie in der gemeinsamen Erklärung "eine ökologisch gerechtere Weltordnung" und eine "Kohärenz

der Gesamtpolitik mit den Zielen zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung" (S.1 oben und S.2 unten), und diese gute Gesamtpolitik erwarten/fordern sie von den globalen Institutionen und Regeln, auf denen Globale Märkte beruhen müssen (S.1 Mitte). "Die Globalisierung in Form einer starken Zunahme des Austausches von Waren, Investitionsströmen und Finanzkapital" (S.1 Mitte) kritisieren sie hauptsächlich aus verteilungsbezogenen Gründen, nämlich, weil "sich weltweit der Abstand zwischen Arm und Reich laufend weiter vergrößert" (S.1 Mitte). Doch auch wenn die Verteilungsgerechtigkeit durch globalpolitische Maßnahmen aufgehoben werden könnte, bliebe noch die Frage der Auswirkungen dieser Art Globalisierung auf die **Weltökologie**? Darüber haben sich die Unterzeichner der Erklärung keine Gedanken gemacht. Doch andere wichtige Leute in unserer Bewegung haben ihre Sorgen über diesen Aspekt der Globalisierung geäußert. Das International Forum on Globalization (IFG) schreibt: "Die Globalisierung wirkt sich inhärent destruktiv auf die natürliche Umwelt aus, weil sie erfordert, dass Produkte Tausende Kilometer um die Erde herumreisen, was unvorstellbare Umweltkosten verursacht: ein noch nie dagewesenes Ausmaß von Verschmutzung der Ozeane und der Atmosphäre durch Transport, erhöhten Energieverbrauch und Abgase aus Verbrennung von fossilen Brennstoffen (was die Klimaveränderung fördert). Dazu kommen erhöhter Verbrauch von Verpackungsmaterialien, verheerende Weiterentwicklung von Infrastrukturen – neue Straßen, Häfen, Flughäfen, Pipelines, Stromnetze usw., die oft in bisher unberührten Gebieten gebaut werden." (IFG 2001: 24)

Dieser Kritik von IFG kann niemand etwas entgegensetzen. Daraus müssen wir schlussfolgern, dass wir dieser Globalisierung entkommen müssen. Diese Globalisierung ist unvereinbar mit dem Ziel der Nachhaltigkeit des menschlichen Wirtschaftens. Solange sie existiert, kann es keine ökologisch gerechte Weltordnung geben, es sei denn, man will die ökologische Zerstörung gerecht verteilen. Wie soll beim besten Willen weltweit die Armut beseitigt werden, wenn die Weltökologie ruiniert ist?

Widerstand oder bloße Politikberatung?

In der gemeinsamen Erklärung steht:

"In den Industrieländern ... geraten [infolge der Globalisierung] weniger gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tendenziell eher in Schwierigkeiten Mit der forcierten Handelsliberalisierung und den Aktivitäten transnationaler Konzerne gehen erhebliche Gefährdungen der wirtschaftlichen und sozialen Rechte einher." (S.1-2)

Das ist eine richtige Beschreibung der Lage. Dann aber sollten alle Menschen, insbesondere die mächtigen Gewerkschaften, die alle Räder zum Stillstand bringen können, gegen diese Entwicklung Widerstand leisten. In der gemeinsamen Erklärung ist jedoch **von Widerstand keine Rede, nicht einmal von Opposition**. Statt dessen akzeptiert der DGB – und mit ihm auch Attac – diese Entwicklung, und beschränkt sich auf Appellieren, Politikberatung und Äußerung von frommen Wünschen. Attac hat keine Macht wie die Gewerkschaften, das wissen wir. Warum muss er sich aber den gegebenen Verhältnissen ergeben? Dafür wurde Attac nicht gegründet, sondern für die Organisierung von Widerstand. In der Attac-Erklärung steht: "Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua ... formiert hat"

Politikberatung können die NGOs machen. Nichts dagegen. Attac darf aber nicht zu einer bloßen NGO reduziert werden.

Spätestens jetzt ist klar geworden, was es auf sich hatte, als bald nach der Gründung von Attac einige ihrer führenden Funktionäre den Begriff "**globalisierungskritische Bewegung**" in Umlauf brachten an Stelle von "**Antiglobalisierungsbewegung**", und warum es gesagt wurde, Attac sei kein Gegner der Globalisierung. Ein Gegner leistet Widerstand, selbst wenn er wenig Hoffnung hat, ein Übel verhindern zu können. Ein bloßer Kritiker gibt den Machthabern unerbetene Ratschläge und äußert fromme Wünsche. Sollte Attac-Deutschland auf diesem Pfad bleiben, würde er sich aus der internationalen Bewegung ausklinken, die die großen Protestaktionen von Seattle bis Genua und von Porto Alegre bis Florenz zustandegebracht hat. Hoffen wir, dass Attac-Deutschland diesen Pfad bald verlässt.

Welche Bündnispartner zu welchen Zwecken?

Erstens war es sowohl illegitim als auch ein Fehler zu versuchen, zusätzlich zu der Attac-Erklärung eine neue Grundsatzerklärung zu verfassen. Dann hat der Bundes-Kokreis zu diesem Zweck auch noch einen falschen Bündnispartner ausgesucht. Seit der Anti-MAI-Kampagne (1997 - 1998) wissen wir, dass die Führungen der Gewerkschaften die Globalisierung im Prinzip akzeptieren. Bei den bis April 1997 geheim gehaltenen MAI-Verhandlungen saßen die Gewerkschaften mit am Verhandlungstisch – in der Form einer Gewerkschaftsdelegation namens TUAC (Trade Union Advisory Committee, internationaler Gewerkschaftsbeirat). Sie hatten damals weder Alarm geschlagen, noch hatten sie später den MAI-Entwurf kritisiert. Ihr einziger Beitrag zur Verbesserung des vorgenommenen Vertrags war die Forderung, die Kernarbeitsstandards der ILO sollten in den Vertrag aufgenommen werden. Als das MAI im Oktober 1998 hauptsächlich am Widerstand der französischen Anti-MAI-Kampagne scheiterte, bedauerten die Gewerkschaften dieses

Scheitern. Jürgen Eckl von der Internationalen Abteilung des DGB äußerte in einem Zeitungsinterview (Freitag vom 24.10.1998) die Meinung, die Nicht-Unterzeichnung des MAI sei eine "vertane Chance".

Ich respektiere das Recht der Gewerkschaften, ihre eigene Grundsatzposition zu der Globalisierungsfrage zu haben. Warum soll sich aber Attac deren Pro-Globalisierungsposition zu eigen machen? Hier gibt es doch überhaupt keine Notwendigkeit, wie bei der Bildung einer Koalitionsregierung, ein gemeinsames Papier zu produzieren!

Ich befürworte Versuche, bei klar eingegrenzten, punktuellen Fragen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anzustreben. Bei der Anti-MAI-Kampagne haben wir, damals im Komitee Widerstand Gegen das MAI, mit kritischen Gewerkschaftern zusammengearbeitet. Heute arbeitet unser Netzwerk Gegen Konzernherrschaft und Neoliberale Politik weiter mit kritischen Gewerkschaftern zusammen, und wir werden es weiter tun. Wir müssen aber einsehen, dass Attac und die Gewerkschaften im allgemeinen bei grundsätzlichen Fragen noch große Differenzen haben. In den 1970er und 1980er Jahren waren die Gewerkschaften auch keine Freunde der neuen sozialen Bewegungen, sie waren vielmehr Gegner.

Literatur:

Saral Sarkar

Blumenstr.95 0670 Köln - Tel. + Fax 0221-1391737
geschrieben am 11 - 12.1.2003, überarbeitet am 26.1.2003.

Literatur:

International Forum on Globalization (IFG) (2001)
Die Welthandelsorganisation (WTO), Hrsg. von Netzwerk Gegen Konzernherrschaft und Neoliberale Politik, Köl